

Alte Apotheke

Hallo,

ich reiche stellvertretend für das Team von Correctiv.Ruhr unsere Recherche für die Kategorie Investigation ein.

Anbei sende ich die Texte, die wir bis jetzt veröffentlicht haben. Und einen Link zu unserer Themenseite, weil zu der Recherche ebenso Live-Videos von Veranstaltungen gehören, außerdem Video-Interviews und Erklärvideos.

Die Themenseite findet sich unter www.correctiv.org/alte-apotheke

Zur Recherche:

Der Apotheker Peter S. aus Bottrop hat über Jahre hinweg Krebsmedikamente für tausende Patienten gepanscht. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Rechnungsbetrugs. Die Patienten stehen vor vielen Fragen, beantworten kann sie niemand.

Wir hatten das Gefühl, für diese Recherche vor Ort sein zu müssen, bei den Menschen, die davon betroffen sind. Deshalb haben wir eine mobile Lokalredaktion in Bottrop eröffnet, in einem Ladenlokal in der Fußgängerzone. Dort haben wir einerseits recherchiert, aber auch versucht, den Beratungsbedarf zu bedienen, der bei Betroffenen und deren Angehörigen zweifellos da war.

In zwei Monaten haben wir etwa 300 Besucher in unserem Büro empfangen, viele mehr haben sich für Abendveranstaltungen mit Rechtsanwälten, Onkologen, Seelsorgern und Apothekern via Facebook-Live zugeschaltet. Außerdem haben wir

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

eine interne Facebook-Gruppe gegründet, in der sich mehrere hundert Betroffene austauschen.

Die Geschichten wurden von Ruhr Nachrichten, WDR, Bild und anderen Medien teilweise zweitveröffentlicht. Die Recherche in der Sache ist noch nicht abgeschlossen.

Unser Team bestand aus David Schraven, Bastian Schlange, Marcus Bensmann, Hüdaverdi Güngör, Michel Weigel, Simon Wörpel und Anna Mayr.

Bei Fragen freue ich mich über eine Mail oder einen Anruf.

Mit besten Grüßen,

Anna Mayr

Ein Beutel ohne Wirkstoff

Der Krebs-Apotheker Peter S. aus Bottrop sitzt seit einem halben Jahr in Untersuchungshaft. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen ihn wegen Abrechnungsbetrug gegenüber den Krankenkassen. Doch der größere Betrug geschah womöglich gegen den Patienten. Die Ermittler haben einen Infusionsbeutel für eine Patientin gefunden, in dem gar kein Wirkstoff war: ein angebliches Krebsmedikament, das nur aus Kochsalzlösung bestand. Ein Einzelfall - oder einer von Hunderten? In Bottrop herrscht Betroffenheit unter Patienten und ihren Angehörigen. Eine Spurensuche vor Ort.

Von David Schraven, Correctiv, 25.05.2017

Dies ist die erste Geschichte über die Alte Apotheke in Bottrop, die ich schreibe. Es wird nicht die letzte sein.

Ich beginne in der Hochstraße. Die herausgeputzte Alte Apotheke dominiert hier den Blick. Eine aus Gold geschlagene Schlange windet sich zweifach gewunden am Eingang hinab. In ihrem züngelnden Maul hält sie das Schild der Apotheke. Die „1864“ steht darauf. Die Zahl soll Tradition verdeutlichen, Beständigkeit, Zuverlässigkeit. Ein altes, ein großes Haus. Eine zweite goldene Schlange kommt ihr von unten entgegen. Ihr Spiegelbild.

Am 26. Oktober 2016 fing die Kriminalpolizei hier einen Infusionsbeutel mit einem Krebsmedikament ab.

In dem Beutel war angeblich eine Antikörpertherapie – individuell zubereitet vom damaligen Apotheker der Alten Apotheke, Peter S., für eine krebskranke Patientin. Die Arznei gehört zu den wirksamsten Mitteln gegen Krebs. Die Antikörper docken an Tumorzellen an und aktivieren das körpereigene Immunsystem, das dann Tumorzellen abtöten kann. Auf dem Etikett des Infusionsbeutels stand der Name

dieser Frau und die angebliche Konzentration des Wirkstoffes. Das Krebsmedikament sollte ihr in den Praxisräumen eines Krebsarztes verabreicht werden. Doch die Patientin konnte das Medikament nicht einnehmen.

Die Praxis schickte den ungeöffneten Beutel zurück in die Apotheke. Von dort gelangte der Beutel direkt zur Kriminalpolizei, die damals schon verdeckt gegen Peter S. ermittelte.

Die Kriminalpolizei ließ den Infusionsbeutel auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Essen vom Paul-Ehrlich-Institut in Langen untersuchen. Das Institut stellte am 21. November 2016 in seinem Abschlussbericht fest, dass der Infusionsbeutel „ausschließlich Kochsalzlösung, also keinerlei nachweisbaren Wirkstoff“ enthielt.

Der Fakt ist eindeutig: In dem Infusionsbeutel, in dem eine der Arznei gegen Krebs sein sollte, war kein Wirkstoff.

Nichts.

Nur Kochsalz.

Am 29. November 2016 wurde Peter S. verhaftet, er sitzt seither in Untersuchungshaft. Die Staatsanwaltschaft beschlagnahmte bei der gleichzeitigen Razzia in der Alten Apotheke Dutzende weitere Infusionsbeutel. Wie viele davon wie der erste Beutel ohne Wirkstoffe waren, werde derzeit geprüft, bestätigt die Staatsanwaltschaft. „Sobald wir belastbare Ergebnisse haben, werden wir dazu detaillierte Angaben machen“, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft. Die Ermittlungen dauern an. Die Alte Apotheke ging zurück in den Besitz der Mutter von Peter S., die nach Aussage ihrer Anwälte nichts mit dem Skandal zu tun haben soll.

Klaus Peterseim, Vorsitzender des Verbands der Zytostatika herstellenden Apotheker, schließt weitgehend aus, dass sich die Wirkstoffe beim Transport im Beutel rückstandslos aufgelöst haben könnten. Zwar sei die Haltbarkeit von Wirkstoffen in der Krebsbehandlung sehr unterschiedlich und Wirkstoffe könnten sich unter Umständen in den zubereiteten Medikamenten schnell zersetzen. Allerdings seien dann Zerfallsprodukte der Wirkstoffe nachweisbar. „Dass sie ohne Spuren aus einer Kochsalzlösung verschwinden, ist undenkbar“, sagt Peterseim.

Insgesamt reden wir von tausenden, vielleicht zehntausenden Beuteln, die Peter S. verkauft hat – wieviele davon ohne Wirkstoff waren, oder mit zu wenig Wirkstoff, lässt sich nicht mehr herausfinden. Die Staatsanwaltschaft spricht von 40.000 Krebstherapien, die in Frage stehen. Das bedeutet: Tausende Menschen wären betroffen.

Der mathematische Beweis dieses Verdachts wird in den Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft Essen geführt. Nehmen wir zum Beispiel die Arznei Abraxane. Diese Arznei soll das Teilen von Krebszellen unterbinden, damit der Tumor abstirbt. Es wird besonders gegen Bauchspeicheldrüsenkrebs eingesetzt.

Aus den vorliegenden Papieren, die aus der zentralen Abrechnung der Alten Apotheke stammen, geht hervor, dass Peter S. zwischen 2010 und 2016 unter 100.000 Milligramm des Krebsmittels Abraxane eingekauft haben soll, um sie an die Patienten weiterzuverkaufen.

Tatsächlich habe Peter S. jedoch mehr als 250.000 Milligramm Abraxane verkauft, geht aus den Unterlagen der Alten Apotheke hervor.

Wie kann das sein? Wie kann er nur unter 100.000 Milligramm einkaufen, aber über 250.000 Milligramm verkaufen?

Um das zu verstehen, müssen wir uns anschauen, wie Krebsarzneien hergestellt werden.

Der Arzt bestellt für seinen Patienten bei der Apotheke seines Vertrauens das Medikament. Dieses wird vom Apotheker individuell zubereitet und auf den Patienten abgestimmt. Dazu kauft der Apotheker direkt beim Hersteller oder bei einem Großhandel den Wirkstoff des Medikamentes ein und bereitet daraus die Arznei – etwa in dem er den Wirkstoff in einer Kochsalzlösung auflöst. Da die zubereiteten Arzneien nur sehr kurz haltbar sind, oft nur wenige Stunden, werden die Wirkstoffe meist in kleinen Chargen gehandelt. Die fertige Arznei sendet der Apotheker umgehend mit Boten in die Praxis. Dort wird das Medikament direkt dem Patienten verabreicht. Wenn der Patient aus irgendeinem Grund die Arznei nicht einnehmen kann, weil er zu krank ist etwa oder zu schwach, wird das Medikament in die Apotheke zurückgeschickt, wo es entweder direkt für einen anderen Patienten mit einem

gleichen Bedarf weiter verwendet oder vernichtet werden muss. Der Apotheker rechnet mit der Krankenkasse nur die Menge des Wirkstoffes ab, die er zur Herstellung der individuellen Arznei benutzt hat.

Die Krankenkasse weiß also nur, wieviel Wirkstoff der Apotheker an die Krebsärzte geliefert hat. Sie kann nicht direkt nachvollziehen, ob die Menge des verkauften Wirkstoffes mit der Menge des eingekauften Wirkstoffes übereinstimmt. Diese Lücke soll Peter S. genutzt haben.

Er soll die fehlenden über 150.000 Milligramm der Arznei Abraxane frei erfunden haben - so der Verdacht der Ermittler. Anders ausgedrückt: Sie vermuten, dass es die 150.000 Milligramm nie gab. Peter S. soll demnach Krebstherapien ohne Wirkstoff verkauft haben. In den betroffenen Infusionsbeuteln wäre dann nur Wasser gewesen.

Patienten und ihre Kassen, die entsprechende Therapien von Peter S. erhielten, hätten in diesem Fall tausende von Euro für gepanschte Medikamente bezahlt. Das ist der Betrugsverdacht, der Peter S. vorgehalten wird. Wir haben versucht mit ihm über den Vorgang zu sprechen, ihn gefragt, ob das stimmt. Wir haben bis Redaktionsschluss keine Antwort bekommen.

Allein mit Abraxane soll Peter S. im angesprochenen Zeitraum mehr als 900.000 Euro Gewinn gemacht haben.

Hätte er ausreichend Wirkstoff gekauft, um auch tatsächlich die Therapien zubereiten zu können, hätte er im gleichen Zeitraum regulär nur rund 300.000 Euro Gewinn machen können.

Es gab mehr Medikamente bei denen Peter S. ähnlich verfahren haben soll:

Etwa bei dem Wirkstoff Nivolumab (Handelsname Opdivo), einem modernen Medikament zur Behandlung von fortgeschrittenem Lungenkrebs von dem Patienten nach einer Nutzenbewertung des Institutes für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) erheblich profitieren: Zwischen Sommer 2015 und Januar 2016 kaufte Peter S. den Unterlagen zufolge rund 16.000 Milligramm ein. Er rechnete aber rund 52.000 Milligramm der Arznei bei den Kassen ab. Die fehlende 36.000

Milligramm soll es nicht gegeben haben. Peter S. soll sie durch Wasser ersetzt haben – so der Verdacht.

Von der Arznei Xgeva soll Peter S. zwischen 2011 und Sommer 2016 rund 2100 Dosen eingekauft und rund 4700 Dosen verkauft haben. Das Medikament wird unter anderem zur Behandlung von Krebsbefall der Knochen eingesetzt. Die Differenz zwischen Einkauf und Verkauf liegt bei 2600 Dosen.

Die Arznei Cyramza ist ebenfalls ein monoklonarer Antikörper zur Behandlung von fortgeschrittenem Lungenkrebs. Zwischen 2015 und Mai 2016 soll Peter S. den Unterlagen zufolge rund 20.000 Milligramm der Arznei eingekauft – aber rund 50.000 Milligramm verkauft haben. Die Differenz von 30.000 Milligramm hat er - so der Verdacht - erfunden.

Die Liste lässt sich fortsetzen. Es ist immer das gleiche Muster. Peter S. soll regelmäßig weniger Wirkstoff eingekauft als verkauft haben.

Die genauen Zahlen zu den Wirkstoffen aus der Abrechnung der Alten Apotheke liegen vor. Doch dürfen in Deutschland vor einem Prozess keine Zitate aus Ermittlungsakten veröffentlicht werden. So will es das Gesetz.

Insgesamt soll sich Peter S. auf diese Art und Weise mehrere Millionen Euro verschafft haben. Die Rede in den Ermittlungsakten ist derzeit von mindestens 2,5 Millionen Euro. Der Vorwurf gegen Peter S. lautet auf Verstoß gegen das Arzneimittelgesetz und auf Betrug.

Doch es geht um mehr.

Viele Familien in Bottrop und der Umgebung kennen Opfer, kennen die Betroffenen, sind vielleicht selbst betroffen.

Sollte sich der Verdacht gegen Peter S. bestätigen, hätte sich hier in der Alten Apotheke in der Hochstraße gemessen an der Zahl der Betroffenen eines der größten Medizinverbrechen Deutschlands abgespielt. Hinter verschlossenen Türen, in einem Labor im Keller.

Fast jeder in Bottrop kennt den Apotheker. Den Mann, der heute in Untersuchungshaft sitzt und schweigend auf seinen Prozess wartet. Ich war mit Peter

S. in der Schule, in einer Klasse von der fünften bis zur dreizehnten. Ich habe mit ihm die ersten Flaschen Bier getrunken, habe mit ihm gelacht und habe mich mit ihm durchs Abitur gezittert. Er war kein enger Freund, aber ein Kollege. Ich kann sein rundes Gesicht vor mir sehen, wenn ich die Augen schließe.

Peter S. ging nach dem Abitur, nach seinem Studium zur Bundeswehr und dann zu seiner Mutter und seinem Vater in die Alte Apotheke, um sie später zu übernehmen.

Lange wollte ich nicht über den Fall der Alten Apotheke schreiben. Zu nah war das alles. Ich konnte mir nicht vorstellen, dass mein Schulkollege ein Verbrecher sein soll, der hunderte, vielleicht tausende Patienten geschädigt haben soll. Niemand mit dem ich für diese Recherche geredet habe, konnte oder kann sich vorstellen, dass Peter S. getan hat, was ihm vorgeworfen wird. Allenfalls ein kleiner Beschiss bei Abrechnungen war für die Leute denkbar, die Peter S. seit Jahren kennen.

Ich habe erst angefangen zu recherchieren, als ich misstrauisch wurde. Warum redet Peter S. nach Monaten in Untersuchungshaft immer noch nicht und sagt was los war?

Die Alte Apotheke wird dominiert von goldenen Schlangen vor dem Haus, die sich nicht um einen Äskulapstab, dem Symbol der Heilkunst, nach oben winden – sondern ohne Stab mit dem Kopf nach unten streben und dort auf ihr Spiegelbild treffen. Ein Symbol, das offenbar keiner von uns je richtig verstanden hat: Hier ist alles verkehrt.

Die Alte Apotheke brachte Geld, viel Geld. Soviel Geld, dass sich der Apotheker Peter S. einkaufte in die Stadt. Er veranstaltete Sponsorenläufe um die Alte Apotheke herum, trat als Wohltäter auf, ließ sich feiern. Er spendete aber auch im Stillen. Gab mal hier 10.000 Euro, mal dort. Zum Beispiel für das örtliche Hospiz. Peter S. mochte es, Dinge geschehen zu lassen. In seinen Garten in Kirchhellen wollte er einen privaten Themenpark bauen. Eine Ecke sollte Atlantis gewidmet sein, eine Ecke dem Wolkenkuckucksheim, eine Ecke Grimms Märchen. Aus seinem Bad im ersten Stock seiner Neubauvilla führte eine Rutsche in den Swimmingpool im Erdgeschoss.

Woher das Geld für all das kam, fragte niemand. Die Stadt nicht. Die Bürger nicht. Das Hospiz nicht.

Alle nahmen an, ein ehrlicher Krebs-Apotheker habe mit guter Arbeit Erfolg gehabt und teile sein Glück.

Die Stadt, die Bürger und das Hospiz waren froh, einen Geschäftsmann zu haben, der sein Geld in der Stadt ausgab.

Die Stadt beobachtete, wie Peter S. ein Nachbarhaus der Alten Apotheke kaufte, und dann noch eines. Und noch eines. Und noch eines. Die Stadt sah, wie die Alte Apotheke wucherte. Irgendwann bekam das Wuchern einen Namen: „MediCity Bottrop“ nannte Peter S. seine Meile in der Innenstadt.

In die Häuser setzte Peter S. Ärzte. Ärzte, deren Patienten oft in der Alten Apotheke einkauften. Ein Geschäft von dem alle etwas hatten. Auch die Krebsärzte, die bei Peter S. Medikamente bestellten, um sie Patienten in ihren Praxen zu geben.

Es war so bequem. Direkt gegenüber auf der anderen Straßenseite – gegenüber den Praxen – war die Apotheke, in der die Arzneien gegen Krebs zubereitet werden sollten; mit den besten Wirkstoffen, frisch und penibel angerührt in eigens eingerichteten sterilen Arbeitsplätzen.

Peter S., der gute Mensch von Bottrop. Auf den Schildern aller MediCity-Häuser in der Hochstraße steht: „Weil Gesundheit ein Geschenk ist“.

Heute verbreiten einige Menschen in der Stadt Legenden. Zum Beispiel, dass der Ex-Mann einer entlassenen Mitarbeiterin der Alten Apotheke aus Rache falsche Behauptungen über Peter S. verbreiten würden. Ein Mann, der alles Wissen nur aus zweiter Hand habe – und der wegen einer anderen Straftat verurteilt sei. Angeblich würde die Staatsanwaltschaft nur auf Basis dieser wagen Anschuldigungen ermitteln.

Zwar gibt es diesen Mann und seine Anzeige aus dem Jahr 2014 tatsächlich. Doch die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen in dieser Sache damals nicht weiterverfolgt. Die Ermittlungen wurden von den Anwälten von Peter S. zerredet und zu den Akten gelegt.

Die aktuellen Ermittlungen stützen sich auf mehrere neue Zeugen.

Es sind Leute, die aus erster Hand berichten können, was wirklich in der Alten Apotheke geschah, die direkten Einblick hatten und mutig genug waren, den Ring aus

Geld um Peter S. zu zerbrechen. Die Zeugen geben an, dass sie die Vorgänge nicht decken wollten, sie wollten sich nicht mitschuldig machen. Sie berichteten der Staatsanwaltschaft auch von miserablen hygienischen Bedingungen im Labor der Alten Apotheke.

Die Zeugen sagten aus, Peter S. sei mit Straßenanzug und Hund ins Reinlabor gegangen, um Krebsmedikamente anzurühren.

Für Krebspatienten sind verunreinigte Medikamente gefährlich, ihr Immunsystem ist geschwächt. Wenn sie eine verkeimte Infusion in den Blutkreislauf kriegen, können sie sterben. Im Reinlabor müssen Mitarbeiter und Apotheker auf peinlichste Hygiene achten. Die Medikamente werden unter sterilen Bedingungen hergestellt.

Klaus Peterseim, Vorsitzender des Verbands der Zytostatika herstellenden Apotheker, sagt: „Aufgrund der Behandlung mit Krebsmedikamenten sind die Patienten sehr anfällig für Infektionen. Ihr Immunsystem ist geschwächt, ihre Abwehrkraft herabgesetzt. Eine Infektion kann schwerwiegende Folgen haben.“

Zeugen berichteten, dass sie im Labor der Alten Apotheke Hundehaare gefunden haben.

Einige Menschen in der Stadt vermuten, Apotheker S. habe nur die Krankenkassen betrogen, nur ein wenig Geld links und rechts gemacht.

Tatsächlich geht es aber nicht nur um ein paar Euro nebenher. Er soll die Kassen um Millionen von Euro betrogen haben, weil er Infusionen ohne Wirkstoffe als Krebstherapie verkauft haben soll.

Vor allem dieser Abrechnungsbetrug begründet bisher den Verdacht, aufgrund dessen Peter S. in Untersuchungshaft sitzt.

Für viele betroffene Menschen ist das erschütternd. Denn gegen Peter S. wird derzeit nicht wegen Mord oder Totschlag oder Körperverletzung ermittelt, sondern wegen Abrechnungsbetrug und Panscherei. Das fühlt sich an, als wiege ihr Leiden nicht schwer bei der Suche nach Gerechtigkeit.

Doch der Begriff „Abrechnungsbetrug“ scheint der einzige, greifbare juristische Begriff für das zu sein, was Peter S. getan hat.

Um eine Körperverletzung nachzuweisen, müsste die Staatsanwaltschaft beweisen, mit welchem gepantschtem Medikament Peter S. welchen Patienten zu welcher Zeit versorgt hat – und welchen Schaden dieser Patient genau durch diese Arznei davon trug. „Das ist das Problem, vor dem wir stehen“, sagt ein Sprecher der Staatsanwaltschaft. Und er versichert, dass die Ermittler alles versuchen würden, um Beweise zu finden.

Doch wie soll dieser Beweis geführt werden? Selbst wenn die gepantschten Medikamente Wirkstoffe enthalten hätten, wären sie in den Körpern der Krebskranken längst abgebaut worden – es ist nicht mit letzter Gewissheit zu beweisen, dass genau jene verabreichte Arznei keine Wirkstoffe enthielt.

Der Schaden durch die wirkungslosen Medikamente ist ebenfalls schwer festzustellen. Es passiert oft, dass ein Mensch an Krebs stirbt, weil Medikamente nicht anschlagen, oder weil er zu schwach ist. Wer kann beweisen, dass der Tod durch ein gepantschtes Medikament verursacht wurde?

Diese drohende Unbestrafbarkeit ist für Betroffene oft schwer zu ertragen. Sie fühlen sich von der Justiz im Stich gelassen.

Ein fast perfektes Verbrechen.

Wahrscheinlich wäre Peter S. nie aufgefliegen, wenn es keine handfesten Belege gäbe, wie den Beutel ohne Wirkstoff, wie die Belege über die abweichenden Zahlen zwischen Einkauf und Verkauf.

Natürlich gibt es Zweifel. Die Zeugen hatten sie, die Ermittler hatten sie, auch ich hatte sie.

Hatte Peter S. vielleicht andere Bezugswege? Kaufte er auf dem Schwarzmarkt Krebsmedikamente, und erklärt sich so die Differenz zwischen der Menge der Wirkstoffe, die er offiziell eingekauft und die er bei den Krankenkassen abgerechnet hat? Hat er vielleicht halbleere Packungen mit Wirkstoffen, den sogenannten Verwurf, weiter verwendet? Also den Wirkstoff noch einmal verkauft?

Kann es also sein, dass er „nur“ die Krankenkassen betrogen hat – aber immerhin die Patienten nicht mit unwirksamen Arzneien versorgte?

Die Staatsanwaltschaft hat das überprüft. Ein Sprecher sagt: „Wir haben keine Hinweise für einen Schwarzhandel gefunden.“

Bei den Mengen an Wirkstoffen, um die es geht, wäre das auch sehr unwahrscheinlich.

Klaus Peterseim, vom Verband der Zytostatika-Apotheker, erklärt: „Die Überfüllung der Packungen mit Wirkstoffen der Krebsmedizin sind sehr gering. Die Wirkstoffe in der Krebstherapie sind sehr teuer.“ Auch das doppelte Abrechnen bereits angebrochener Medikamente sei nicht so einfach. Ein Apotheker müsse die Wirkstoffe aus einer angebrochenen Medikamenten-Packung für den nächsten Patienten weiterverwerten. Die Abrechnung mit den Kassen funktioniere hier nicht nach der Zahl der Packungen, sondern nach der Menge der verarbeiteten Wirkstoffe. Nur wenn kein weiterer Patient den Wirkstoff benötigt und der Rest deswegen weggeschmissen werden müsse, könne im Einzelfall eine angebrochene Packung abgerechnet werden, sagt Verbandschef Petersheim. „Aus der eingekauften Menge kann man unmöglich nennenswerte Mengen an Wirkstoff gewinnen, die man über die eingekaufte Menge hinaus verkaufen kann. Dass man auf diesen Wegen doppelt so viel Wirkstoff gewinnt wie man eingekauft hat, ist undenkbar“, sagt Peterseim.

Großen Mengen an Verwurf können also ausgeschlossen werden und Hinweise auf weitere Bezugsquellen auf dem Schwarzmarkt gibt es auch nicht. Die komplette Buchhaltung der Alten Apotheke liegt vor.

Ich kenne Krebspatienten, die an der Hoffnung hingen, die Arzneien aus der Alten Apotheke würden ihnen helfen, ihr Leben verlängern oder zumindest ihr Leiden lindern.

Ich habe Peter S. über seine Anwälte und die Alte Apotheke angeschrieben und gefragt, ob die Vorwürfe stimmen. Wir haben bis Redaktionsschluss keine Antwort bekommen.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Wir von CORRECTIV konnten Peter bei einem Gerichtstermin kurz mit unseren Fragen konfrontieren, sein Anwalt ging dazwischen und unterband eine Antwort. Kein Kommentar.

Es ist laut zu hören, wie Menschen in Bottrop schweigen.

Meine Recherche zur Alten Apotheke hat erst begonnen. Ich will nun mit vielen Leuten reden.

Die meisten Krebsmediziner und Krebsapotheker bemühen sich, ihren Patienten das Beste zu geben. Sie lindern Leiden. In der Forschung werden ständig Fortschritte gemacht. In der Behandlung und Betreuung Erfolge erzielt. Menschen leben länger. Das ist gut.

Umso wichtiger ist es, aus Krisen zu lernen. Wenn wir verstehen, wie der Fall der Alten Apotheke passieren konnte, können wir ähnliche Fälle vielleicht für die Zukunft ausschließen. Ich will deswegen alles aufschreiben, was in Bottrop passiert ist, um die Fehler im System zu finden.

Ich will mit Betroffenen reden. Ich will ihre Geschichte hören. Was denken, was fühlen sie? Wie gehen sie mit dem Fall um, wie geht es weiter? Die Menschen im Hospiz, die Kranken und ihre Familien. Ich will mit ihnen drüber reden, was die Gesellschaft machen kann.

Ich will verstehen, was Peter S. bewegt hat. Wie konnte er werden, was er wurde? Wie hat er gelebt? Ich will begreifen, was Peter S. in der Stadt getan und geplant hat?

Ich will den Aufsichtsbehörden nachgehen. Warum haben sie das Treiben nicht entdeckt und beendet? Was lief da falsch? Und wie können solche Misstände in Zukunft verhindert werden? Wie laufen die Kontrollen im Großhandel? Wer greift nur nach Geld und Macht?

Die Recherche wird lange dauern.

Ich will alles aufschreiben.

Ich glaube, das ist wichtig.

Die Alte Apotheke ist ein Familienunternehmen. Seit Jahrzehnten im Besitz der Familie von Peter S. – 2009 pachtete er dann selbst den Betrieb der Alten Apotheke von seiner Mutter, nachdem er dort schon lange gearbeitet hatte. 2012 überschrieb die Mutter ihm dann auch das Gebäude. Nach Bekanntwerden des Skandals gab ihr Peter S. aus der Haft heraus die Alte Apotheke zurück. Die Mutter selbst lies sich wieder als Betreiberin eintragen. Ihre Anwälte sagen: sie habe nichts mit dem Skandal zu tun.

Das Ende des Schweigens

Als der Apotheker Peter S. Ende November 2016 in Bottrop festgenommen wurde, konnte sich niemand vorstellen, dass die Vorwürfe stimmen könnten. Peter S. soll über Jahre Krebsmedikamente zu niedrig dosiert oder gar ohne Wirkstoff abgegeben haben. Tausende schwerkranke Menschen könnten betroffen sein. Ein Schock. Bis dahin kannten die Bottroper den Apotheker der Alten Apotheke als karitativen Sponsor, als treibende Kraft im Förderverein des Hospizes. Recherchen von CORRECTIV mit dem ARD-Magazin Panorama zeigen nun, dass sich der Skandal zu einem der größten Medizinskandale der Nachkriegszeit entwickelt. Jetzt reden die Zeugen.

Von David Schraven, Oliver Schröm, Niklas Schenck, Correctiv, 29.06.2017

Bisher haben sich die beiden Mitarbeiter der Alten Apotheke nicht öffentlich geäußert, deren Angaben im Herbst 2016 die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Essen ausgelöst haben.

Martin Porwoll begann 2014 als kaufmännischer Leiter in der Alten Apotheke – einem der wichtigsten Arbeitgeber in Bottrop, mit rund 90 Mitarbeitern zahlte die Alte Apotheke fast so viele Gewerbesteuern wie die letzte Zeche der Stadt. Porwoll sagt: „Ich wollte erst sicher sein, dass die Taten im Vordergrund stehen, und nicht ich als Person.“ Der Chef der Alten Apotheke, Peter S., war ein Freund von Porwolls Familie – beide sind zusammen aufgewachsen, beide gingen in das Heinrich-Heine-Gymnasium. „Als ich in der Apotheke anfang, hörte ich immer wieder Gerüchte von Kollegen, dass Peter Infusionen zu niedrig dosiere.“ Anfangs denkt Porwoll, an den Gerüchten könne nichts dran sein – und sucht nach einem Weg, sie zu entkräften. Dann beginnt er langsam zu zweifeln, weil er immer mehr Hinweise darauf entdeckt, dass Peter S. in seiner Apotheke grundlegende Sicherheitsregeln missachtet.

Maria-Elisabeth Klein hat im Labor der Alten Apotheke gearbeitet. Sie stellt seit 17 Jahren Krebsmittel-Infusionen her, sie kennt die Regeln: „Mir sind als erstes die krassen Hygiene-Mängel aufgefallen“, sagt sie. „Peter S. ging mit Straßenkleidung ins Reinraumlabor, in Sakko und Hemd.“ Ein Verstoß gegen Sicherheitsmaßnahmen. Normalerweise muss man den Reinraum durch eine Schleuse betreten, zieht sterile Kleidung an und desinfiziert sich. Keimfreiheit ist zwingend, denn während einer Krebstherapie ist das Immunsystem der Patienten so heruntergefahren, dass jede Infektion ein tödliches Risiko darstellt. Eine Krankheit, übertragen durch ein verschmutztes Medikament, kann das Ende bedeuten.

Auch die Sicherheit der Kollegen schien Peter S. nicht zu interessieren. Viele der Wirkstoffe sind selbst krebserregend, andere sind schädlich für die Keimbahn, sie können unfruchtbar machen. Deshalb muss zwingend in einer so genannten Werkbank hantiert werden, hinter einer Glasscheibe, mit einem Abzug – so dass keine Kollegen einem umgeschütteten Wirkstoff ausgesetzt sind, wenn was bei der Zubereitung schief geht.

„S. arbeitete oft freihändig – außerhalb der Werkbank“, sagt Klein. Das Vier-Augen-Prinzip bei der Zubereitung habe er wissentlich gebrochen: „Du gehst jetzt mal raus hier“, sei ein Satz gewesen, der häufig gefallen sei.

Der größte Schock für Porwoll und Klein: Peter S. ging mit seinem Golden Retriever Grace ins Reinraumlabor. Porwoll hat den Hund gesehen, Klein fand regelmäßig große Mengen Hundehaare beim Säubern des Labors.

Alle im Labor hätten gewusst, dass Peter S. in Straßenkleidung Infusionen zubereite, sagt Maria-Elisabeth Klein. „Die Kollegen sagten dann nur: ‚Der Chef geht wieder spielen.‘“ Peter S. habe oft am Wochenende gearbeitet oder frühmorgens, bevor die anderen Mitarbeiter zur Arbeit kamen, und Maria-Elisabeth Klein begann sich zu wundern, wie es ihm gelang, ein Vielfaches der Infusionen zuzubereiten, die andere Laborkräfte in derselben Zeit schafften. „Er sagte mir einmal, er sei eben der schnellste Zubereiter in Deutschland, das habe er während seiner Zeit bei der Bundeswehr gelernt.“ Auch dort wurde S. als Apotheker eingesetzt.

Als Mitte 2015 das neues Antikörper-Präparat „Opdivo“ für die Krebsimmuntherapie auf den Markt kommt, mit dem Wirkstoff „Nivolumab“, entscheidet sich Martin Porwoll, den Gerüchten über die Unterdosierung nachzugehen. Entweder er kann sie entkräften – oder beweisen.

Porwoll addiert alle Einkaufsrechnungen für den Wirkstoff, die aus der Alten Apotheke jemals bezahlt wurden, und vergleicht die Summe mit den Mengen, die Ärzte ihren Patienten verordnet hatten. Seit der Zulassung des Medikaments hatte S. genau 16.420 Milligramm davon eingekauft. Bei den Kassen aber habe er mehr als die dreifache Menge abgerechnet, nämlich 52.174 Milligramm. Peter S. muss die Wirkstoffe, die er eingekauft hatte, auf mehr als das dreifache Gewicht gestreckt haben: Bis zu 70 Prozent der Antikörper muss er einfach durch Kochsalzlösung oder Glukose ersetzt haben.

Hätte er die volle Menge „Opdivo“ mit dem Wirkstoff „Nivolumab“ eingekauft, die seine Patienten brauchten, dann hätte er allein mit diesem Wirkstoff in einem Jahr fast 34.000 Euro Gewinn gemacht. So aber, indem er den Kassen – und noch viel schlimmer: den Patienten – eine Kochsalzlösung als Wirkstoff unterjubelte, verachtzehnfachte sich sein Gewinn auf 615.000 Euro.

Dasselbe Ergebnis findet Porwoll bei Xgeva, einem Antikörper, der in Spritzen aufgezogen wird. 1,25 Millionen Euro Gewinnspanne statt 166.000 Euro, die legal gewesen wären. Für manche Wirkstoffe hat er nur ein Drittel der verordneten Menge eingekauft, für manche die Hälfte. Eine Handvoll Wirkstoffe rechnet Porwoll selbst durch, den Rest überlässt er der Staatsanwaltschaft.

Während die Staatsanwaltschaft Essen schon dabei ist, einen Durchsuchungsbeschluss zu erwirken, offenbart sich auch Marie Klein der Polizei – mit dem harten Beleg dafür, dass S. mindestens einzelne Infusionen komplett ohne Wirkstoff ausliefert.

Klein war damals in einer onkologischen Praxis zu einer Besprechung über die Zubereitung von Krebsmedikamenten. Auf dem Rückweg bat sie eine Sprechstundenhilfe, eine Antikörper-Infusion mit zurück in die Apotheke zu nehmen: Der Patientin, für die diese Infusion gedacht war, ging es zu schlecht, ihre

Therapiesitzung musste abgesagt werden. „Dieses Präparat hätte schäumen müssen, Antikörper sind große Protein-Moleküle, das müssen Sie sich vorstellen wie mit einem Tropfen Priel im Wasserglas, da lässt die Oberflächenspannung nach“, erklärt Klein. Als sie den Beutel leicht schüttelt, schäumt gar nichts. „Also habe ich unter den Stopfen geschaut, mit dem solche Infusionen geschlossen werden. Das ist die Stelle, wo der Wirkstoff eingespritzt wird. Und dieser Stopfen war unverletzt. Das heißt, da ist nichts zugeführt worden.“

Klein geht mit dem Beutel zur KriPo. Sie will ihren Verdacht bestätigen lassen. Der Beutel wird beschlagnahmt und zu Tests in Paul-Ehrlich-Institut nach Langen geschickt. Das Ergebnis: In dem Beutel war kein Wirkstoff. Nichts. Es war eine reine Kochsalzlösung, die als Krebsmedikament einer schwerkranken Frau verabreicht werden sollte.

Selbst betroffene Ärzte, mit denen Panorama und CORRECTIV gesprochen haben, gehen bisher davon aus, worüber sie die Staatsanwaltschaft nach der Verhaftung von Peter S. informiert hat: Dass nur fünf Wirkstoffe betroffen seien – diejenigen Wirkstoffe, die der Whistleblower Martin Porwoll für seine Anzeige beispielhaft durchgerechnet hat. Ein Onkologe, der hauptsächlich Brustkrebspatientinnen behandelt, gab seinen Patientinnen deswegen Entwarnung: Sie erhielten ja andere Medikamente. Sie seien nicht vom Skandal betroffen.

Eine Fehlinformation.

Die Ermittler beschlagnahmten bei einer Hausdurchsuchung am Tag der Festnahme von Peter S. alle Einkaufsrechnungen und die Abrechnungsdaten mit den Krankenkassen und stellten dieselben Vergleiche wie Porwoll auch für weitere Wirkstoffe an. In den meisten Fällen mit demselben Ergebnis: „Wir befassen uns in diesem Verfahren mit ungefähr 50 verschiedenen Medikamenten“, sagt die zuständige Staatsanwältin Annette Milk. Darunter befänden sich Zytostatika, also klassische Chemotherapien, hochpreisige Tumor-Antikörpertherapien, außerdem Begleitmedikationen, welche Nebenwirkungen abmildern sollen. „Bei dieser Vielzahl von Medikamenten taucht immer wieder auf, dass der Apotheker nach unserem bisherigen Erkenntnisstand signifikant weniger Material eingekauft hat als er abgegeben haben will. Wir reden hier über signifikante Unterschiede, das heißt, es

geht hier nicht um Unterdosierungen von wenigen Prozent, die sowieso auch schon mal bei der Herstellung anfallen können und die auch gar nicht als bedenklich angesehen werden, sondern es geht hier um Unterschiede von 20 zu 80 Prozent bei einzelnen Medikamenten.“

Das dürfte auch für die Stadt Bottrop überraschend sein. Im Gespräch mit Panorama und CORRECTIV sagte der Gesundheitsdezernent Willie Loeven, dass er keine Informationen über weitere Wirkstoffe habe, neben den fünf anfangs übermittelten. Das sind auch die Medikamente, die das Rathaus damals in einer Hotline als „möglicherweise betroffen“ öffentlich machte.

Bislang gehen alle davon aus, dass Peter S. nur bei fünf Medikamenten geschummelt hat. Tatsächlich sind es Dutzende.

Die Staatsanwaltschaft beteuert, jedem Menschen mit Sachverstand hätte von Beginn an klar sein müssen, dass sich die Zahl der gepanschten Medikamente im Laufe der Ermittlungen ausweiten werde. Die erste Meldung war eine Mindestmeldung.

Peter S. hat sich bislang nicht zu den Vorwürfen eingelassen. Sein Anwalt wollte sich gegenüber CORRECTIV und Panorama nicht äußern.

„Wir haben im Radio davon erfahren, und meine Tochter hat geweint und gesagt: Mensch, Mama, ich krieg doch auch meine Medikamente von dem.“ Das erzählt Annelie Scholz. Ihre Tochter Nicole Abresche-Drenski bekam Xgeva aus der Alten Apotheke. Sie hatte Brustkrebs, und Metastasen griffen ihr Knochengestell stark an. Auf den Seiten des Rathauses erfuhren Mutter und Tochter schnell, dass Abresche-Drenskis Medikament möglicherweise auch unterdosiert wurde. Drei Wochen später starb Nicole Abresche-Drenski. Ihre Therapie hatte nicht angeschlagen. Ihr acht Jahre alter Tochter lebt nun bei den Großeltern. Vor einigen Wochen hat sie erstmals ihren Vater kennengelernt. „Mich macht das verrückt bei dem Gedanken, dass er vielleicht daran schuld ist, dass Lara jetzt schon Halbweise ist und ihre Mama nicht mehr hat“, sagt Annelie Scholz. „Wir wissen das alle nicht – aber es ist eine Möglichkeit.“

Die Rechtsanwältin Sabrina Diehl vertritt etliche Patienten, die Peter S. nach Bekanntwerden der Vorfälle angezeigt und auf Schmerzensgeld verklagt haben. „Bei

einer meiner Klientinnen hat man gesehen, dass die Tumormarker unglaublich hoch gestiegen sind, teilweise bis über 12.000 bei einem Normwert von 30“, erzählt Diehl. „Die Therapie ging über Monate, hat aber keinerlei Wirkung gezeigt. Sie hatte noch nicht einmal die Nebenwirkungen, die sie sonst in der Vergangenheit hatte. Und nachdem der Skandal dann aufgedeckt worden ist, wurden die Medikamente über eine andere Apotheke bezogen und schlagartig sind innerhalb von wenigen Wochen die Tumormarker gesunken.“

Bottrop hat etwas mehr als 100.000 Einwohner, mehrere tausend Patienten könnten laut Staatsanwaltschaft von dem Vorgehen von Peter S. betroffen sein. „Nahezu jeder in der Stadt kennt jemanden oder hat Verwandte, die mit Krebsmedikamenten aus der Alten Apotheke behandelt wurden“, sagt Willie Loeven, der Gesundheitsdezernent der Stadt Bottrop. Auch Bekannte von Loeven waren betroffen; Mitarbeiter der Hotline des Rathauses hatten kurz vor dem Bekanntwerden der Vorwürfe ihre Eltern verloren; ein Mitarbeiter im Krisenstab begleitete gerade seine Ehefrau durch die Krebstherapie.

Viele Menschen in Bottrop treibt die Frage nach dem Motiv um? Warum hat Peter S. das getan? Hat er Menschen leiden, vielleicht sogar sterben lassen, um ein Leben in Luxus führen zu können? Seine Zehn-Millionen-Euro-Villa in Kirchhellen wollte er mit einem Themenpark umgeben. Von Atlantis bis zu Grimms Märchen. Er hatte eine Rutsche vom Badezimmer im ersten Stock hinunter in den Swimmingpool im Erdgeschoss. Sein Haus lies er exakt so hoch bauen, dass er von der Dachterasse aus die letzte Zeche sehen konnte. Das ist exzentrisch – aber nicht schlimm. Oder doch Anzeichen seines Wahns?

Peter S. war mit der Stadt eng verbunden. Auf der Hochstraße kaufte er nach und nach Häuser zusammen und formte aus den Immobilien seine „MediCity“. Die Stadt übernahm das Logo, um damit zu werben. Peter S. war im Vorstand des Stadtmarketings. Lies sich zusammen mit dem Oberbürgermeister Bernd Tischler fotografieren. Peter S. liebte den Auftritt als Gönner. Schenkte Geld der Stadt, veranstaltete einen Spendenlauf, bei dem er vor seiner Alten Apotheke auf einem Hochsitz saß, während an ihm vorbei die Menschen liefen. Für jede Runde, die Kinder, Frauen und Männer um die Apotheke drehten, warf er einen Euro in eine

Spendentonne. Das Geld gab er später dem Hospiz, für das er sich engagierte, in dem Krebskranke auf einen würdigen Tod vorbereitet wurden. Brauchte Peter S. das Geld, um sein Selbstwertgefühl über die Masse zu heben?

Wir wissen es nicht.

Gerade wurde Peter S.' Untersuchungshaft verlängert. Die Staatsanwälte planen in wenigen Tagen Anklage zu erheben – zunächst wohl nur wegen gewerbsmäßigen Abrechnungsbetruges zum Nachteil der Krankenkassen und wegen des Verstoßes gegen das Arzneimittelgesetz. Die Beweishürden für den Vorwurf der Körperverletzung und möglicher Tötungsdelikte sind womöglich zu hoch. „Wir müssen ganz genau sagen: Dieser eine ganz bestimmte Patient hat zu wenig Medikation bekommen“, erklärt die zuständige Staatsanwältin Annette Milk. „Und in einem zweiten Schritt müssten wir dann auch nachweisen, dass es ihm genau deshalb hinterher schlechter gegangen ist – und nicht etwa, weil es ihm sowieso schlecht geht. Wir haben also zwei Beweisschritte zu vollziehen, und für uns ist schon der erste Schritt extrem schwierig.“ Peter S. könnte die Vorwürfe aufklären, aber er hat bisher nicht ausgesagt.

„Wir wissen nicht, wie der Apotheker seine Gunst oder Ungunst verteilt hat“, sagt die Essener Oberstaatsanwältin Annette Milk. „Hat er zum Beispiel Montags bis Mittwochs immer ordnungsgemäß die Medikamente verteilt und am Rest der Woche nicht? Oder hat er Männer bevorzugt, Frauen benachteiligt? Hat er junge Leute bevorzugt, Alte benachteiligt? All das wissen wir nicht und das aufzuklären, ist extrem schwierig.“

Milk und ihre Kollegen gehen von 50.000 einzelnen Verschreibungen aus, bei denen S. betrogen haben könnte. Allerdings verfolgen sie nur Taten ab 2012, damit keine Einzeltaten während der Prozesse verjähren. Die Alte Apotheke hatte aber seit 2001 ein Reinraumlabor für Krebsmedikamente. Es könnten also noch deutlich mehr Patienten betroffen gewesen sein als bisher angegeben.

Auch wissenschaftliche Studien könnten verfälscht worden sein, warnte im Dezember 2016 das Bundesinstitut für Arzneimittelsicherheit (BfArM). Bisher seien mindestens 30 klinische Studien identifiziert worden, deren Teilnehmer mit

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Medikamenten aus der Bottroper Apotheke beliefert wurden, so Maik Pommer, ein Sprecher des BfArM, auf Anfrage von Panorama und CORRECTIV. Betroffen seien Studien mit mindestens 25 Wirkstoffen. Das BfArM wertet derzeit die Angaben der Sponsoren der klinischen Studien aus, in der Regel Pharmakonzerne oder Universitätskliniken. „Wir müssen verhindern, dass solche Daten in Zulassungsverfahren für neue Medikamente eingebracht werden, und werden deshalb nach Auswertung der Antworten alle europäischen Zulassungsbehörden informieren.“

Das BfArM geht bisher nicht davon aus, dass verfälschten Daten Eingang in frühere Zulassungsstudien gefunden haben. Sollte Peter S. auch Prüfsubstanzen falsch dosiert haben, so sind verschiedene Szenarien der Verzerrung der Ergebnisse denkbar – je nach Aufbau der Studie: Hätte er den zu prüfenden Wirkstoff unterdosiert, würde dessen Wirkung unterschätzt, die Nebenwirkungen aber womöglich ebenfalls unterschätzt. Hätte er umgekehrt das Vergleichspräparat unterdosiert, könnte die Wirkung des geprüften Medikaments sowie seine Nebenwirkungen überschätzt worden sein.

Auch das Paul-Ehrlich-Institut (PEI), zuständig für biologische Wirkstoffe wie monoklonale Antikörper, rief die Sponsoren klinischer Studien dazu auf, sich zu melden, sollten einzelne Studienzentren aus der Apotheke von Peter S. versorgt worden sein. Das Ergebnis: Vier klinische Prüfungen im Zuständigkeitsbereich des PEI könnten betroffen sein, mit zwei Antikörpern und einer „chemisch-definierten Prüfsubstanz“. „Wie viele Patienten in Deutschland in diesen klinischen Prüfungen letztendlich tatsächlich eingeschlossen wurden, ist dem Paul-Ehrlich-Institut derzeit noch nicht bekannt.“

Die Staatsanwaltschaft Essen hatte bereits 2014 Hinweise auf krasse hygienische Mängel und auf Unterdosierung in der Alten Apotheke vorliegen. Ein früherer Fahrer der Apotheke hatte sich damals bei den Ermittlern gemeldet. Auf Basis seiner Angaben ließ sich aber kein Durchsuchungsbeschluss erwirken – zumal seine Ehefrau, die im Labor arbeitete, seine Angaben nicht bestätigte, als sie ebenfalls vernommen wurde.

Martin Porwoll hat sich auch bei der Staatsanwaltschaft gemeldet, weil ihm als Mitarbeiter der Alten Apotheke die Kontrollen durch die Amtsapotheker der Stadt wirkungslos vorkamen. Wie alle Aufsichtsbehörden in Deutschland prüften die

Bottroper Amtsapotheker das Zytostatika-Labor von Peter S. im Abstand von zwei bis vier Jahren. Immer angekündigt, um die Produktionsprozesse nicht zu stören und die Versorgung der Patienten nicht zu verzögern. „Auf solche Kontrollen wurde das Labor akribisch vorbereitet“, sagt Martin Porwoll. „Dann war natürlich an dem Tag alles so, wie es sein soll.“

„Wir brauchen mindestens vier Kontrollen pro Jahr, und sie müssen unangekündigt sein“, fordert Eugen Brysch, Vorstand der „Deutschen Stiftung Patientenschutz“ in Dortmund, die sich laut eigener Auskunft vor allem für die Belange schwerkranker und sterbender Patienten einsetzt.

Außerdem müsse eine Chargenkontrolle ins Repertoire der Regel-Überprüfungen aufgenommen werden, also der Abgleich der Einkaufsbelege mit den Abrechnungsdaten der Krankenkassen, wie die Staatsanwälte ihn nun für die Alte Apotheke durchgerechnet haben.

Für die kaufmännische Prüfung fehle bisher die Rechtsgrundlage, sagt Willie Loeven, der Gesundheitsdezernent der Stadt Bottrop. Dafür müssten im Land oder im Bund die Grundlagen geschaffen werden. Im Landesgesundheitsministerium von NRW will man zunächst das Ermittlungsverfahren abwarten, prüft aber parallel mögliche Konsequenzen für die Kontrollpraxis. Ein Sprecher erläutert gegenüber Panorama und CORRECTIV die Frage, die man sich bezüglich der kaufmännischen Überwachung stelle: „Gäbe es die Möglichkeit für ein gesetzlich vorgegebenes Verfahren, das bei Herstellung dieser Arzneimittel eine automatisierte digitale Plausibilitätsprüfung zwischen eingekaufter, verarbeiteter und verkaufter Wirkstoffmenge zur Regel macht?“

Panorama und CORRECTIV haben die Aufsichtsbehörden aller Bundesländer angefragt. Die Ergebnisse gleichen sich: Eine kaufmännische Kontrolle gehöre bisher nicht zur Aufgabe der pharmazeutischen Überwachung, dafür fehle die Rechtsgrundlage. Auch werden bisher in keinem Bundesland regelmäßig physische Stichproben der teuren Krebs-Medikamente gezogen. Das Argument: Die Kosten für einzelne Beutel können sich auf mehrere tausend Euro belaufen, und wenn eine Probe genommen wird, steht die betreffende Infusion den Patienten nicht mehr zur Verfügung. Für diese Herausforderungen könnte es eine Lösung geben: Das

Landesgesundheitsministerium in NRW (MGEPA) schreibt, es werde darüber nachgedacht, ob nicht künftig von jedem patientenindividuell hergestellten Medikament zur Krebsbehandlung ein Überschuss hergestellt werden müsse, zur Rückstellung für mögliche behördliche Kontrollen.

Diesem Vorschlag entgegenen Apotheker zwar mit Skepsis – nur der volle Beutel könne einer aussagekräftigen Kontrolle unterzogen werden. Ein anderer Vorschlag findet aber mehr Anklang: Wenn Infusionen ohnehin zur Vernichtung aus der Arztpraxis in die Apotheke zurückgeschickt werden, etwa weil Patienten aufgrund schlechter Blutwerte nicht bereit sind für eine Behandlung, könnten diese Rückläufer stattdessen an zentralen Stellen gesammelt werden. Alle Infusionen, die dann noch haltbar sind, stünden für mögliche Stichproben zur Verfügung – ohne prohibitive Zusatzkosten.

Infos und Rat zum Fall der Alten Apotheke

Ab dem 14. August ist das gemeinnützige Recherchezentrum Correctiv.org mit einer Mobilen Lokalredaktion in der Bottroper Innenstadt vertreten. Das Büro soll als Anlaufstelle für Betroffene und Angehörige im Fall der Alten Apotheke dienen. Unsere gesellschaftliche Aufgabe fassen wir allerdings noch weiter.

Von Bastian Schlange, Correctiv, 11.08.2017

Seit Monaten beschäftigen wir uns mit dem Fall um Peter S. und die gepanschten, teils wirkungslosen Krebsmedikamente aus Bottrop. Doch nicht nur das Wälzen von Akten ist hier relevant. Ende Juni haben wir eine Facebook-Gruppe für Betroffene und Angehörige gegründet, um ihnen einen geschützten Raum zu bieten, sich vernetzen und austauschen zu können. Um nicht mehr allein mit den Veröffentlichungen und Folgen des Medizinskandals umgehen zu müssen.

Über Jahre hinweg hat ein Apotheker für den persönlichen Profit mit der Gesundheit und dem Leben seiner Kunden gespielt. Wie verarbeite ich als Betroffener so etwas? Oder als Angehöriger, der erst nach dem Tod eines geliebten Menschen davon erfährt? Aber noch wichtiger: Was kann ich jetzt unternehmen, um das Gefühl zu bekommen, mein Schicksal wieder in der eigenen Hand zu halten? Weil wir an dieser Stelle anknüpfen wollen, haben wir uns entschieden, unsere Idee einer „Mobilen Redaktion“ endlich in die Tat umzusetzen.

Der Gedanke hinter dem Projekt „Mobile Redaktion“: Nicht mehr von außen über ein großes, einschneidendes Ereignis berichten, sondern vor Ort sein, eintauchen und Teil werden – nicht nur für ein paar Stunden oder Tage sondern für Wochen oder Monate. So lange es eben dauert, um angemessen, ausgewogen und sauber zu

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

recherchieren. Für das aktuelle Projekt in Bottrop definieren wir unsere Aufgabe allerdings noch weiter.

Correctiv ist ein gemeinnütziges Recherchezentrum, das sich zur Aufgabe gemacht hat, aufwändige Investigativ-Geschichten zu verfolgen, die in der Regel so von normal finanzierten Medienunternehmen nicht mehr bewältigt werden können. Missstände und Fehler im System aufzudecken und positive Veränderungen anzustoßen. Neben der journalistischen Aufgabe erwachsen für uns aus der Gemeinnützigkeit und der Spenden- und Stiftungsfinanzierung aber auch gesellschaftliche Verpflichtungen: ein Bildungsauftrag, den wir zum Teil in Kooperation mit Hochschulen verfolgen, die Weiterentwicklung journalistischer Formen, aber auch soziale Aufgaben.

Der Fall der Alten Apotheke vereint zwei Aspekte unserer Arbeit: Zum einen haben wir einen großen strukturellen Missstand bei der Kontrollkette von Krebsmedikamenten. Aus dem Fall Peter S. und dem Umgang mit ihm müssen Konsequenzen gezogen werden.

Zum anderen erfahren wir ein unzureichendes Informations- und Krisenmanagement. Viele Betroffene sind noch immer verwirrt, haben Angst, wissen nicht, welche medizinischen Folgen der Fall für sie hat, welche rechtlichen Schritte sie gehen können, ob sie überhaupt betroffen sind. Hier sehen wir unsere soziale Verpflichtung.

In dem Ladenlokal an der HansasträÙe 1, kaum 50 Meter von der Alten Apotheke entfernt, wollen wir Menschen direkt Rat, Informationen und Kontakte zur Verfügung stellen. Außerdem werden wir neben der täglichen Anlaufstelle ein bis zwei Mal die Woche Informationsveranstaltungen mit Anwälten, Ärzten und Seelsorgern anbieten, bei denen Betroffene direkt Fragen stellen können und Hilfe finden.

Jeder, der interessiert ist, ist herzlich eingeladen, uns besuchen zu kommen. Das ist schließlich Sinn und Zweck unserer „Mobilen Lokalredaktion“.

Die Alte Apotheke – Die wichtigsten Vorwürfe

Die Vorwürfe gegen den Alten Apotheker Peter S. aus Bottrop klingen kaum glaubhaft. Ein Mann aus einer alten, geachteten Apothekerfamilie soll krebserkrankten Menschen zehntausendfach gepantschte Arzneien verkauft haben? Wir gehen in die Details der einzelnen Vorwürfe, so wie die Ermittler sie erarbeitet haben. Die Informationen stammen aus Unterlagen der Staatsanwaltschaft, der Gesundheitsbehörden und anderer Ermittlungsgruppen. Nicht jeder Vorwurf wird vor Gericht gebracht.

Von David Schraven, Correctiv, 15.08.2017

1. Vorwurf: Krebsmittel ohne Wirkstoffe

Seit Jahren wurde in der Alten Apotheke in Bottrop getuschelt. Der Apotheker Peter S. – Erbe einer Familiendynastie von Bottroper Apothekern – soll Krebsmittel gepantscht haben. Dies sei eine Art offenes Geheimnis in der Alten Apotheke gewesen, berichten mehrere Zeugen, die in der Alten Apotheke gearbeitet haben. Den Vorwürfen sei aber nie jemand wirklich nachgegangen. Es blieb beim Tuscheln, bis sich die Labormitarbeiterin Marie Klein und der kaufmännische Leiter Martin Porwoll ans Herz gefasst haben und das Schweigen brachen.

Martin Porwoll hatte als Kaufmännischer Leiter der Alten Apotheke kontrolliert, ob Peter S. überhaupt so viele Arzneien herstellen konnte, wie er verkauft hat. Dazu prüfte er bei vier besonders wertvollen Medikamenten, ob die eingekauften Wirkstoffe ausreichten, die verkauften Arzneien herzustellen. Sein Befund. Die Mengen reichten lange nicht aus. Peter S. hatte viel zu wenig Wirkstoff eingekauft. Der Verdacht auf Panscherei erhärtete sich. Martin Porwoll zeigte seinen Verdacht bei der Staatsanwaltschaft an.

Am Morgen des 26. Oktober 2016 brachte Marie Klein dann einen Beutel mit einem Krebsmedikament, das Peter S. hergestellt hatte, zur Polizei. Der Beutel war von einer onkologischen Praxis zur Entsorgung zurückgeliefert worden, weil die entsprechende Patientin nicht behandelt werden konnte. Dieser Infusionsbeutel war eindeutig adressiert: Er war mit dem Namen der Patientin beschriftet und der angeblich enthaltenen Wirkstoff war dort nebst Konzentration beschrieben. Jedes Missverständnis, dass es sich nicht um eine Antikörpertherapie handelte, ist ausgeschlossen. Dieser Beutel wurde von der Polizei dem Paul-Ehrlich-Instituts in Langen zur Untersuchung übergeben. Das Institut stellte am 21.11.2016 fest: Der Infusionsbeutel enthielt ausschließlich Kochsalzlösung – also keinen nachweisbaren Wirkstoff.

Diese Fakten stützen den Vorwurf, der Alte Apotheker Peter S. habe in mindestens einen Fall ein Medikament ohne Wirkstoff an einen krebskranken Patienten verkauft.

2. Vorwurf: Verdünnte Krebsmittel

Die Staatsanwaltschaft Essen wirft dem Alten Apotheker Peter S. vor, in 61.980 Fällen gepantschte Arzneien an Patienten verkauft zu haben. Diesen Vorwurf stützt die Staatsanwaltschaft zunächst auf die Analyse der eingekauften und verkauften Wirkstoffmengen der Alten Apotheke. Dazu hatte die Staatsanwaltschaft detailliert die Angaben von Martin Powoll anhand der Eingangs- und Ausgangsrechnungen überprüft – und auf weitere Wirkstoffe ausgedehnt. Dabei haben die Ermittler festgestellt, dass Peter S. bei über einem Dutzend Wirkstoffen weniger Mengen eingekauft hat, als er verkaufte. Er hat die Krebskranken Menschen also um ihren Heilstoff betrogen.

Die Staatsanwaltschaft schließt aus, dass Peter S. die benötigten Mengen auf anderen Wegen beschafft haben könnte, um sie zu verkaufen. Etwa auf dem Schwarzmarkt, in Indien oder bei nicht registrierten Puschlaboren in Osteuropa. Er hat sich nicht mal die Mühe gemacht, Ersatz zu besorgen. Peter S. hat Wasser anstelle von Wirkstoffen verkauft.

Die Staatsanwaltschaft hat diesen Verdacht bei einer Razzia in der Alten Apotheke am 29. November 2016 überprüft. Dabei wurden alle Arzneien in der Alten Apotheke beschlagnahmt, die für Krebspatienten gedacht waren. Insgesamt waren das 117 Medikamente.

29 dieser Medikamente sollten so genannte monoklonale Antikörper enthalten. Das sind besonders wirkungsvolle – und besonders teure – Arzneien gegen Krebs. Das Paul-Ehrlich-Institut hat diese 29 Medikamente mit monoklonalen Antikörpern untersucht. Nur eine Probe entsprach den üblichen Anforderungen.

Alle anderen Proben, die das Paul-Ehrlich-Institut untersuchte, wichen davon stark ab. In 20 Proben war sogar weniger als 20 Prozent des angegebenen Wirkstoffes. Das bedeutet, einfacher und brutaler gesagt: In den Medikamenten war offenbar gerade genug Wirkstoff, dass die Patienten kotzen mussten. Auf Heilung durften sie nicht hoffen.

Neben den bereits erwähnten 29 Medikamenten mit monoklonalen Antikörpern hatte die Staatsanwaltschaft weitere 88 Medikamente beschlagnahmt, die allerdings nicht ganz so teuer waren wie die Spezialmedizin gegen Krebs. Diese 88 Medikamente untersuchte das Landeszentrum Gesundheit NRW in Münster (LZG). 58 Medikamente davon waren Zytostatika, Medikamente, die bei einer Chemotherapie das Zellwachstum bremsen.

Das Ergebnis der Untersuchungen ist hier ähnlich brutal. Nur 44 Proben entsprachen den üblichen Anforderungen. 43 hatten zum Teil massive Abweichungen nach unten. Anders gesagt: Sie enthielten viel zu wenig Wirkstoffe, um wirkungsvoll zu sein.

3. Vorwurf: Falsche Krebsmittel

Bei der Überprüfung der teuren monoklonalen Antikörper stellte das Paul-Ehrlich-Institut noch etwas fest: In 5 der 29 untersuchten Beuteln mit Antikörper, die bei der Razzia in der Alten Apotheke beschlagnahmt wurden, war nicht der Wirkstoff, der auf der Packung angegeben war, sondern offenbar andere Wirkstoffe aus einer ähnlichen Wirkstoffgruppe. So verabreichte Peter S. etwa den Wirkstoff „Pertuzumab“ anstelle des verordneten Wirkstoffs „Trastuzumab“.

Anders ausgesagt: Wenn ein Krebskranker Mensch Glück hatte und Peter S. ihm tatsächlich Medizin verkaufte, hieß das noch lange nicht, dass er die richtige Medizin bekam. Es konnte auch passieren, dass er etwas anders in die Venen gespritzt bekam, als die Ärzte ihm verordnet hatten.

Wer welchen Wirkstoff bekam, ist nicht nachvollziehbar.

4. Vorwurf: Körperverletzung

Eigentlich könnte man vermuten, dass nun jeder, der ein gepanschtes Medikament bekommen hat, Opfer einer schweren Körperverletzung geworden ist. Die Staatsanwaltschaft hat aber nur in 27 Fällen Anklage wegen versuchter Körperverletzung erhoben. Der Grund: Nur in diesen Fällen kann sie beweisen, dass Peter S. die Medikamente selber zubereitet hat, dass sie gepanscht und für einen bestimmten Patienten angerührt waren. Die Staatsanwaltschaft hatte die betroffenen Medikamente bei der Razzia beschlagnahmt. In keinem anderen Fall konnte die Staatsanwaltschaft beweisen, dass Peter S. tatsächlich konkreten Menschen gepanschte Medikamente verkauft hatte.

5. Vorwurf: Rabattbetrug mit Krebsmittel

Die Ermittler stellten fest, dass Peter S. noch einen besonders lukrativen Weg gefunden hatte, mit Krebsmitteln Geld nebenher zu machen. So kaufte er zum Beispiel das Medikament Xgeva bei einem Billiganbieter zu einem stark reduzierten Preis ein. Und gab das Medikament über einen offenbar manipulierten Rückgabeschein an den Großhändler Noweda in Essen zurück.

Dieser Handel ist nach dem Arzneimittelgesetz verboten, da so illegale Medikamente in den Verkehr geschmuggelt werden können.

Die Noweda erstattet den vollen Preis an Peter S. zurück und berechnet in der Regel keine Rückgabegebühren.

Gleichzeitig rechnete Peter S. die Vergabe von Xgeva an Krebspatienten bei den Krankenkassen ab.

So verdiente der Alte Apotheker zweimal. Einmal an der teuren Rückgabe, einmal an den kranken Menschen.

Nach Angaben der Ermittler hatte die Alte Apotheke im fraglichen Zeitraum eine Rückgabequote von rund 20 Prozent – normal wäre eine Quote von maximal 3 Prozent gewesen.

Der Apotheker gab sich bei diesem Deal übrigens nicht mit Krebsmedikamenten zufrieden. Das gleiche Rückgabegeschäft zog er mit tausenden Tabletten Paracetamol und mit etlichen hunderten Packungen von Nasensprays durch und machte nebenher noch weitere illegale Extraeuros. Egal wie – der Profit war offenbar entscheidend.

6. Manipulationen von Krebsstudien

Die Alte Apotheke war an mehreren Arzneimittelstudien beteiligt. Dabei sollte die Wirkung von modernen Krebsmedikamenten untersucht werden. Und genau diese wissenschaftlichen Studien könnten verfälscht worden sein, weil Peter S. gepantschte Medikamente lieferte. Davor warnte jedenfalls im Dezember 2016 das Bundesinstitut für Arzneimittelsicherheit (BfArM). Rund 30 klinische Studien mit mindestens 25 Wirkstoffen seien identifiziert worden. Das BfArM wertet derzeit die Angaben der Sponsoren der klinischen Studien aus, in der Regel Pharmakonzerne oder Universitätskliniken. „Wir müssen verhindern, dass solche Daten in Zulassungsverfahren für neue Medikamente eingebracht werden, und werden deshalb nach Auswertung der Antworten alle europäischen Zulassungsbehörden informieren.“

Sollte Peter S. Prüfsubstanzen falsch dosiert haben, so sind verschiedene Szenarien der Verzerrung der Ergebnisse denkbar – je nach Aufbau der Studie: Hätte er den zu prüfenden Wirkstoff unterdosiert, würde dessen Wirkung unterschätzt, die Nebenwirkungen aber womöglich ebenfalls unterschätzt. Hätte er umgekehrt das Vergleichspräparat unterdosiert, könnte die Wirkung des geprüften Medikaments sowie seine Nebenwirkungen überschätzt worden sein.

7. Vorwurf: Mangelnde Hygiene

Die Hygiene-Mängel in der Alten Apotheke wurden den Ermittlern von mehreren Zeugen detailliert bestätigt. Maria-Elisabeth Klein etwa stellt seit 17 Jahren Krebsmittel-Infusionen her, sie kennt die Regeln. Sie sagt: „Mir sind als erstes die krassen Hygiene-Mängel aufgefallen. Peter S. ging mit Straßenkleidung ins Reinraumlabor, in Sakko und Hemd.“ Ein Verstoß gegen Sicherheitsmaßnahmen.

Normalerweise muss man den Reinraum durch eine Schleuse betreten, zieht sterile Kleidung an und desinfiziert sich. Keimfreiheit ist zwingend, denn während einer Krebstherapie ist das Immunsystem der Patienten so heruntergefahren, dass jede Infektion ein tödliches Risiko darstellt. Eine Krankheit, übertragen durch ein verschmutztes Medikament, kann das Ende bedeuten.

Peter S. soll nach Angaben der Zeugen sogar seinen Hund mit in das Reinlabor genommen haben. Die Zeugen fanden Hundehaare im Reinraum. Über die kostspieligen italienischen Anzüge von Peter S. machten die Labormitarbeiter Witze. Die Ermenegildo Zegna Stoffe müssten aus Teflon sein, dass an ihnen kein Bakterium kleben könne.

Peter S. kannte die Regeln. Er hat sie bewusst verletzt, weil es ihm offenbar egal war, welche Konsequenzen die mangelhafte Hygiene haben könnte.

Die Kontrollen des Gesundheitsamtes waren alle angekündigt. Sie bezogen sich im wesentlichen auf die Einrichtung des Labors, nicht auf die direkte Zubereitung der Krebsmedikamente.

8. Vorwurf: Illegaler Großhandel

Neben seinen Geschäften in der Alten Apotheke unterhielt Peter S. nach Ansicht der Ermittler noch einen illegalen und nicht genehmigten Großhandel für Medizinpräparate. So hat er zwischen 2013 und 2015 alleine der MPA Pharma GmbH diverse Arzneimittel mit einem Nettowarenwert von rund 5,5 Millionen Euro verkauft, dass diese Firma dann weiterverkaufte. Die MPA Pharma sitzt in Norddeutschland. Ihr Geschäftsmodell ist der „Vertrieb von patent- und nicht patentgeschützten Produkten, generischen Produkten sowie apothekenpflichtigen EU-Arzneimitteln (OTC), BTM und Medizinprodukten, auch den Handel mit qualitativ hochwertigen Arzneimitteln und Medizinprodukten sowie die Lohnherstellung für Drittfirmen.“

Peter S. war ein illegaler Lieferant der MPA Pharma GmbH.

9. Vorwurf: gewerbsmäßiger Betrug an Krankenkassen

Die gepanschten Krebsmedikamente hat der Alte Apotheker Peter S. zum vollen Preis bei den Krankenkassen abgerechnet. Das ist Betrug. Da Peter S. immer wieder gepanscht hat, hat er den Betrug gewerbsmäßig ausgeübt. Wie ein Mafiaverbrecher.

Anders ausgedrückt: Der Betrug war Peters Geschäft, nicht der Handel mit Medikamenten. Insgesamt geht die Staatsanwaltschaft von einem Schaden in Höhe von über 50 Millionen Euro aus, der den Kassen entstanden ist.

Der Betrug ist nachvollziehbar und kann bestraft werden.

10. Vorwurf: gepanschte Krebsmittel für Tierklinik

Peter S. soll ohne Erlaubnis Krebsmittel an eine Tierarztpraxis geliefert haben. Die Tiere wurden mit gepanschten Mitteln behandelt. Die Ermittler teilten mit, dass sie sich „mit etwaig betroffenen Tieren und betrogenen Tierhaltern im Zuge der Ermittlungen allerdings nicht weiter beschäftigt haben.“

Die Anklage ist nun erhoben worden vor allem wegen gewerbsmäßigem Betruges mit einem Schaden von über 50 Millionen Euro, wegen versuchter Körperverletzung in 27 Fällen, sowie Verstößen gegen das Arzneimittelgesetz – also des Panschens an sich.

Die Alte Apotheke ging unterdessen zurück in den Besitz der Mutter von Peter S., die nach Aussage ihrer Anwälte nichts mit dem Skandal zu tun haben soll. Sie betreibt die Alte Apotheke unter dem gleichen Namen weiter. Wir haben Sie um ein Gespräch gebeten, sie möchte bis jetzt nicht mit uns reden.

Wir haben den Anwalt von Peter S. zu den Vorwürfen befragt. Er hat bis jetzt nicht geantwortet.

Gepanschte Krebsmedikamente: Tausende Menschen in sechs Bundesländern betroffen

Der Fall der falsch dosierten Krebsmedikamente des Bottroper Apothekers Peter S. betrifft weitaus mehr Menschen als bisher bekannt. Mehrere Tausend Patienten in sechs Bundesländern erhielten über Jahre hinweg teils wirkungslose Arzneien. Ein Großteil der Betroffenen ist darüber noch nicht informiert. Der Skandal wirft damit auch zunehmend ein schlechtes Licht auf die Behörden. Die verließen sich darauf, dass Ärzte und Kliniken die Patienten unterrichten.

Von Bastian Schlange, David Schraven, Oliver Schröm, Correctiv, 16.08.2017

Durch zwei Mitarbeiter waren die Machenschaften des Bottroper Apothekers Peter S. im vergangenen Jahr aufgefliegen. Über Jahre hinweg hatte der Apotheker Krebsmittel entweder stark verdünnt oder mit falschen oder gar keinen Wirkstoffen angemischt. Peter S. besaß eine spezielle Zulassung für die Herstellung individueller Chemotherapien – sogenannter Zytostatika.

Bisher ging man davon aus, dass sich der Skandal auf wenige belieferte Praxen in Bottrop und Teile des Ruhrgebiets beschränkte. Insgesamt sind jedoch sechs Bundesländer von dem Arzneimittelskandal betroffen.

Wie die verantwortliche Staatsanwaltschaft in Essen nun bestätigte, gehen die Ermittler bundesweit von rund 3700 Betroffenen aus. 37 Arztpraxen und Kliniken seien demnach in den vergangenen fünf Jahren von dem Bottroper Apotheker mit falsch dosierten Krebsmedikamenten beliefert worden. Die meisten davon in Nordrhein-Westfalen. Es gab allerdings auch Abnehmer in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Saarland, Sachsen und Niedersachsen.

Die Staatsanwaltschaft hat bislang nur die vergangenen fünf Jahre ausgewertet, der für eine Anklage wegen Abrechnungsbetrug relevant ist. Fälle aus der Zeit davor wären strafrechtlich verjährt.

Damit könnte die Zahl der mutmaßlich betroffenen Patienten noch weit größer sein. Nach Recherchen des ARD-Magazins Panorama und des gemeinnützigen Recherchezentrums CORRECTIV hat der Apotheker seit 2005 mehr als 7300 Menschen mit den 49 Wirkstoffen, die sich derzeit auf der Liste der manipulierten Wirkstoffe des Bottroper Gesundheitsamtes finden, beliefert.

NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) zeigte sich erschüttert, als er im Interview mit Panorama erfuhr, dass auch neun Monate nach Bekanntwerden des Skandals noch immer ein Großteil der betroffenen Patienten nicht unterrichtet ist. Die Dimensionen des Falles seien nicht bekannt gewesen. „Wir werden uns jetzt sofort darum kümmern, dass wir an die Adressen dieser Menschen kommen und dann werden wir sie selbstverständlich informieren“, sagte Laumann. „Wenn die Behörden, die Ärzte und Krankenhäuser, die die Medikamente verabreichten, informiert haben, dann ist es auch deren Aufgabe, ihre Patientinnen und Patienten zu informieren. Ich finde, das ist für einen Behandler schlicht die Pflicht, dieses zu tun.“

Der Bottroper Apotheker Peter S., Erbe einer Familiendynastie von Bottroper Apothekern, war im November vergangenen Jahres festgenommen worden. Die Buchhaltung des Apothekers war ein deutliches Indiz für Unregelmäßigkeiten. Sie zeigte, dass deutlich mehr Medikamente verkauft als eingekauft wurden. Bei einzelnen Medikamenten wurde nur ein Fünftel des Wirkstoffes eingekauft, den die Patienten eigentlich erhalten sollten.

Die Staatsanwaltschaft wirft dem Apotheker vor, über Jahre Chemotherapien und Antikörper-Infusionen für Krebspatienten zu niedrig dosiert und sogar Therapiebeutel gänzlich ohne Wirkstoff ausgeliefert zu haben. Dadurch haben tausende Krebspatienten vermutlich wirkungslose Medikamente bekommen und sind so zu Schaden gekommen.

Die Staatsanwaltschaft konnte in erster Linie den Betrug zur Strafanzeige bringen: Peter S. wurde wegen gepanschter Krebsmedikamente in 60.000 Fällen

angeklagt. Der entstandene Schaden beläuft sich auf 56 Millionen Euro. Peter S. hat sich bisher zu den Vorwürfen nicht geäußert.

Wie zwei Menschen dafür sorgten, dass ein Apotheker keine Krebsmedikamente mehr panscht

Marie Klein und Martin Porwoll aus Bottrop waren die Whistleblower in einem der größten Medizinskandale Deutschlands. Sie machten bekannt, dass der Apotheker aus der Stadt im Ruhrgebiet über Jahre teure Krebsmedikament streckte und die Patienten betrog.

Von Anna Mayr, Correctiv, 16.08.2017

Am 25. Oktober 2016 zieht Marie Klein unter dem Vordach einer Bottroper Buchhandlung ihre Handtasche von der Schulter. Ihr gegenüber steht ihr Kollege Martin Porwoll. Klein öffnet die Tasche, nur ein bisschen, sodass Porwoll sehen kann, was darin liegt. Nach ein paar Sekunden schaut er wieder weg, denn er will nicht auffallen. Es soll aussehen, als würden die beiden sich zufällig begegnen. Aber beide wissen, dass dieser Moment kein Zufall ist. Und beide ahnen jetzt, dass sie ihre Jobs verlieren werden.

In Marie Kleins Tasche liegt ein Infusionsbeutel. Etwa so groß wie ein Taschenbuch, gefüllt mit einer durchsichtigen Flüssigkeit. Zwei Löcher sind darin, ein Eingang und ein Ausgang. Durch den Eingang füllt man Medikamente ein. Durch den Ausgang fließen die Medikamente in die Blutbahn eines Patienten. Auf dem Beutel ist ein Aufkleber: „Cyramza“ steht da, der Name eines Medikaments gegen Krebs. Dazu der Name einer Patientin, die Cyramza braucht, um den Krebs zu bekämpfen. Dieser Infusionsbeutel hätte Hoffnung für diese Patientin sein können. Heilung vielleicht. Aber in der durchsichtigen Flüssigkeit ist kein Cyramza, es ist nur Kochsalzlösung. Das macht den Plastikbeutel zum Beweisstück. Marie Klein hat den Beutel aus der

Apotheke genommen, in der sie arbeitet. Um zu beweisen, dass an ihrem Arbeitsplatz Medikamente gepanscht werden.

Martin Porwoll und Marie Klein sind Whistleblower. Sie haben geredet, während alle geschwiegen haben. Vielleicht haben sie damit Leben gerettet. Beide arbeiteten in der Alten Apotheke in Bottrop. Ihr Chef, der Apotheker Peter S., hat Krebspatienten um ihre Medikamente betrogen.

CORRECTIV hat die Anwälte von Peter S. zu den Vorwürfen befragt, aber bis zum Redaktionsschluss keine Antwort erhalten.

In der Apotheke soll darüber getuschelt worden sein. Auch Porwoll und Klein kannten die Gerüchte. Aber anstatt nur zu beobachten, anstatt zu kündigen, entschlossen sie sich, zu handeln. Der Infusionsbeutel in Kleins Tasche ist das letzte Kapitel einer Geschichte, die durch Zufall begann, durch zynische Witze ihren Lauf nahm und mit einer Festnahme endet.

Es gibt viele Krebsmedikamente in Deutschland und viele Krebspatienten. Weil jeder Patient eine individuelle Behandlung braucht, können Onkologen Krebsmedikamente nicht abgepackt kaufen. Für jeden Patienten muss eine eigene Infusion angemischt werden. Das machen Apotheker. In Deutschland gibt es etwa 300 Apotheken, die Krebs-Medikamente mischen können – sogenannte Zyto-Apotheken. Marie Klein und Martin Porwoll arbeiteten in so einer Zyto-Apotheke, der “Alten Apotheke” in Bottrop. Marie Klein als pharmazeutisch-technische Assistentin, Martin Porwoll als kaufmännischer Leiter.

Porwoll und Klein erzählen ihre Geschichte so: Im Winter 2014 kündigen zwei Kolleginnen in der “Alten Apotheke”. Beide arbeiten in der Zyto-Abteilung – dort, wo die Krebsmedikamente hergestellt werden. Ein vertrauliches Gespräch. Ein Gespräch von dem wir nur eine Version kennen. Als Porwoll sich mit den Frauen unterhält, die kündigen wollen, beklagen sie sich nach seinen Angaben über ihren Chef, dem die hygienischen Vorschriften in der Abteilung egal zu sein scheinen. Sie sagen, dass Peter S. das sterile Labor in Straßenkleidung betrete, dass er im Anzug die Medikamente zubereite. Sogar seinen Labrador soll er mit hinein genommen haben. Aber das, meinen beide, sei noch nicht das Schlimmste. Das Schlimmste sei, dass Peter S.

Krebs-Medikamente unterdosiere. Bei manchen Wirkstoffen sei in jeder zweiten Dosis nur Kochsalzlösung, sagen die Frauen laut Prowoll. In der Apotheke war das bekannt. Aber sonst hat es niemand mitbekommen. Weil in Deutschland keine Behörde kontrolliert, ob die Zyto-Apotheken die Infusionsbeutel wirklich mit Medikamenten befüllen. Hygiene-Kontrollen gibt es, aber nur alle paar Jahre, meist mit Ankündigung. Für Porwoll ist es unfassbar, was die Kolleginnen erzählen. Er hält es erstmal für ein Gerücht. Ein Gerücht ist ein Schulterzucken, eine Lästerei unter Kollegen. Gerüchte holt man heraus, wenn man sie braucht – zum Beispiel in einem Kündigungsgespräch, um den ungeliebten Chef anzuschwärzen, um sich abzusetzen, um eine Ausrede zu haben. Wenn man Gerüchte nicht fassen kann, verdrängt man sie. So tat es auch Porwoll. Der Vorgang verschwand.

Ein halbes Jahr später, im Sommer 2015, stellt Marie Klein ihre Kaffeetasse auf einen Tisch in dem Großraumbüro, in dem auch Porwoll sitzt. Klein arbeitet zu diesem Zeitpunkt erst ein paar Monate in der Zyto-Abteilung. Aber sie ahnt längst, das dort etwas nicht in Ordnung ist. Anfangs hatte sie den Fehler noch bei sich gesucht: Waren die Regeln etwa veraltet, die sie über die Herstellung von Krebs-Medikamenten kannte? Musste man nicht mehr steril arbeiten, die Infusionsbeutel nicht mehr kühlen? Sie zweifelte viel, aber erstmal nur an sich. Dann fassten die anderen Kollegen Vertrauen zu ihr. Gerüchte kamen hoch, erinnert sich Marie Klein. Sie erinnert sich, dass über Medikamente getuschelt wurde, die abgerechnet worden seien, ohne dass es sie gab.

Gerüchte. Tuscheleien die immer wieder hochkommen.

Porwoll und Klein sehen sich oft. Sie verstehen sich gut, sie haben den gleichen Humor. Sie fangen an, Witze zu machen.

„Die Anzüge vom Chef sind aus Teflon. Da prallt alles dran ab, damit kann man auch steril arbeiten.“

„Die Krebsmedikamente hier sind der Beweis dafür, dass Homoöpathie wirkt.“

„Wie Jesus Christus Brot und Wein, so kann S. per Handauflage Wirkstoffe verdoppeln.“

Lachen hilft, Dinge zu verarbeiten, die niemand verarbeiten kann. Es macht das Unfassbare fassbar. Vielleicht waren es diese Witze, die dafür gesorgt haben, dass Martin Porwoll verstand, dass er derjenige war, der alles beweisen konnte. Vielleicht auch nicht. Aber Porwoll wurde klar, dass er, der kaufmännische Leiter, auf alles Zugriff hatte: Zahlen, Rechnungen, Rezepte. Was ihm fehlte, war eine Gelegenheit, ein paar Stunden allein im Büro.

Apotheker können mit Krebs-Medikamenten viel Geld verdienen, mehrere hundert Euro pro Infusion. Und noch mehr Geld, wenn sie unehrlich sind. Wenn sie weniger von den teuren Medikamenten in die Infusionen füllen und mehr Kochsalzlösung. Dem Apotheker Peter S. wird vorgeworfen, diese Möglichkeit genutzt zu haben. So habe er Millionen verdient. Allein mit dem Medikament Opdivo soll er in einem Jahr etwa einen Überschuss von 615.000 Euro kassiert haben. Insgesamt geht es um 50 verschiedene Medikamente.

An einem Abend im Januar 2016 sitzt Martin Porwoll noch kurz vor Mitternacht in der Apotheke. Als alle Feierabend gemacht haben, ist er geblieben, weil noch Handwerker in der Apotheke waren, nach denen er sehen musste. Porwoll sucht aus den Unterlagen alle Rezepte für das Medikament Opdivo aus den letzten Monaten. Er rechnet zusammen, wie viel Opdivo Peter S. in dieser Zeit abgerechnet hat. Er kommt auf 52.000 Milligramm. So viel Opdivo müsste in den Infusionsbeuteln gewesen sein. Für so viel Opdivo hat Peter S. Geld bekommen. Dann rechnet Porwoll nach, wie viel Opdivo eingekauft wurde – wie viel des Medikaments sich überhaupt in der Apotheke befunden haben kann. Porwoll weiß nicht, was er finden will. Am liebsten wäre ihm Erlösung gewesen, der Gegenbeweis, der das Gerücht zum Gerücht macht und damit unwahr. Er addiert die Einkaufsrechnungen: 16.000 Milligramm.

Das sind 36.000 Milligramm zu wenig. 36.000 Milligramm, für die Peter S. Geld bekommen hat. 36.000 Milligramm, die nicht nur auf der Einkaufsrechnung fehlen, sondern in den Blutkreisläufen von Patienten. In einer Stunde, mithilfe einer einfachen Excel-Tabelle, wird das Gerücht zur Tatsache.

Seit Martin Porwoll von dem Betrug weiß, legt er sich jeden Abend nach der Arbeit in die Badewanne. 40 Grad. Er kocht sich selbst ab. Er wäscht den Dreck weg. Er ruft einen Anwalt an, einen Freund von früher, und erzählt ihm alles. Er sammelt

noch mehr Beweise, macht die gleiche Rechnung für andere Medikamente als Opdivo. Immer wieder kommt heraus, dass viel mehr Wirkstoff abgerechnet wird als eingekauft. Mit seinem Anwalt zusammen schreibt Porwoll an einer Strafanzeige wegen gewerbsmäßigen Betrugs.

In dieser Zeit gibt es Tage, Wochen, in denen Porwoll am liebsten zurück möchte: zurück in die Ungewissheit, ins Verdrängen. Dann lässt er sich etwas mehr Zeit, um auf die Mails von seinem Anwalt zu antworten. Aber dann bekommt er einen Anruf, von einer Patientin, die eine Frage wegen ihrer Rechnung hat. Sie erzählt ihm, dass die Behandlung mit Opdivo ihr letzter Versuch ist, gesund zu werden. Da hilft es ihm nicht mehr, sich in die Badewanne zu legen. Sein Ziel ist es jetzt, dass die Apotheke schließt.

Tagsüber arbeitet Porwoll nun für die Apotheke, abends dagegen. Er kann nicht kündigen, weil er dann seinen Zugang zu den Beweisen verlieren würde. Er kann auch nicht vergessen, obwohl er es zwischendurch gerne würde. Die Patientin, die Opdivo bekommen sollte, ruft ihn wieder an: Sie hat aufgegeben. Es helfe alles nichts. Die Patienten denkt, das Medikament wirke einfach nicht – aber Porwoll vermutet, dass sie vom Apotheker betrogen wird. Als er im Sommer 2016 zwischen zwei roten Ampeln auf einer Verkehrsinsel steht, bekommt er eine Panikattacke; das Gefühl, gefangen zu sein, es ist jetzt überall. Er kann nicht mehr Auto fahren, denn auch das fühlt sich nach Käfig an. Zur Apotheke sind es zehn Minuten zu Fuß.

Im Juli 2016 reicht Porwolls Anwalt die Anzeige gegen Peter S. bei der Staatsanwaltschaft für Wirtschaftskriminalität in Bochum ein. Sie wird weitergereicht zur Staatsanwaltschaft in Essen. Porwoll hat sich vorgestellt, dass eine Kavallerie nach Bottrop kommen würde, den Apotheker festnehmen, die Mitarbeiter nach Hause schicken, die Tür des Hauses versiegeln.

Stattdessen wartet er. Wochenlang.

Porwoll wird vernommen, die Polizei hat viele Fragen, er kann die meisten beantworten. Die Staatsanwaltschaft erklärt ihm, dass sie nicht einfach einen renommierten Laden schließen können – nur wegen seines Verdachts. Sie brauchen

mehr Beweise. Sie brauchen jemanden, der Zugang zu den Infusionsbeuteln hat, die die Apotheke verkauft. Gibt es da jemanden? Ja, sagt er. Marie Klein.

Martin Porwoll erzählt ihr Anfang Oktober 2016, dass in dem Fall ermittelt würde, Marie Klein hat sich da schon nach neuen Jobs umgesehen. Sie hält es nicht mehr aus in der Apotheke, wo sie jeden Tag sieht, wie Infusionen ohne Wirkstoff an Ärzte und Krankenhäuser verschickt werden. Aber als Porwoll sie einweihet, läuft sie nicht weg. Porwoll gibt ihr die Karte des Kommissars, bei dem er war. Klein ruft ihn an. Geht hin. Muss in der Vernehmung schon weinen, als der Kommissar sie fragt, wieso sie gekommen ist. Und versteht, dass es jetzt an ihr liegt.

Zwischen dem Zeitpunkt der Anzeige und der Festnahme von Peter S. verlassen hunderte Infusionsbeutel die Apotheke. In einem System, das auf Vertrauen beruht, ist es leicht, zu betrügen. Kein Arzt würde seinem Apotheker unterstellen, falsch zu arbeiten. Kein Mitarbeiter will glauben, dass der eigene Chef aus Gier die Leben von Patienten gefährdet. Fragt man Porwoll und Klein heute, mit welchem Gefühl sie in dieser Zeit jeden Tag zur Arbeit gegangen sind, antworten beide mit dem gleichen Wort: „Schrecklich.“ Zwischen Panik, Druck und Traurigkeit helfen ihnen immer noch ihre Witze. Den Kommissar, bei dem sie beide zur Vernehmung waren, nennen sie „den Terrier.“ Weil er sich so in den Fall verbissen hat.

Am 25. Oktober 2016, ein paar Stunden bevor sie mit Martin Porwoll vor der Buchhandlung steht, nimmt Marie Klein die Rückläufer-Infusionen entgegen. Das sind Infusionsbeutel, die die Apotheke verlassen haben, die aber nicht bis zum Patienten gekommen sind. Zum Beispiel, weil die Blutwerte der Patienten zu schlecht sind, um ihnen eine Therapie zuzumuten. Marie Klein ist alleine in der Abteilung. Das kommt sonst nicht vor. Das ist ihre Gelegenheit. Sie nimmt einen Beutel heraus und schiebt ihn unter ihre Jeansjacke. Sie sucht in der Apotheke eine Box, in der man die Beutel beim Transport kühl hält. Das Mittel Cyramza muss zwar nicht gekühlt werden, aber sicher ist sicher. Dann steckt sie alles in ihre Handtasche. Am gleichen Tag zählt ein anderer Kollege die Rückläuferbeutel. Ihm fällt auf, dass einer fehlt. Marie Klein schaut weg und schweigt.

Nach ihrem Treffen mit Martin Porwoll vor der Buchhandlung muss Klein noch eine Nacht mit dem Infusionsbeutel verbringen, der ihr Leben verändern wird. Sie legt

ihn in der Kühlbox auf die Ablage in der Küche, dann macht sie mit ihren Hunden einen langen Waldspaziergang.

Morgens im Auto die Zweifel: Was, wenn doch ein Wirkstoff drin ist? Mache ich mich lächerlich? Bin ich ein Verräter? Kann ich noch umdrehen? Dann der Polizist, der ihr den Infusionsbeutel aus der Hand nimmt und konfisziert, die Rückfahrt nach Bottrop. Ein ganz normaler Arbeitstag, sie kommt nur eine halbe Stunde zu spät. Sie habe noch einen Arzttermin gehabt, sagt sie zu den Kollegen. Alle glauben ihr.

Einen Monat später, am 29. November 2016 schlägt die Polizei zu. Es kommt zur Razzia. Seitdem sitzt Peter S. in Untersuchungshaft. Und dann geht alles ganz schnell: Drei Tage später bekommen Porwoll und Klein eine Kündigung aus der Apotheke. Klein klagt vorm Arbeitsgericht, sie bekommt eine Abfindung zugesprochen – ein Monatsgehalt.

Wenn Martin Porwoll heute an der “Alten Apotheke” vorbeigeht, schaut er nach, wie viele Kunden da sind. „An Markt-Tagen standen die Leute früher Schlange bis vor die Tür.“, sagt er. Das ist jetzt nicht mehr so, denn die Vorwürfe gegen Peter S. haben sich herumgesprochen. Aber es kommen immer noch einige. Die Apotheke musste nicht schließen, es gab einen Inhaberwechsel. Statt Peter S. ist im Handelsregister seit Mai 2017 Doris Stadtmann-Geyr aus Bottrop als Inhaberin eingetragen. Porwoll ist also noch nicht fertig.

Marie Klein geht nicht mehr an der Apotheke vorbei. Ihr wurde nie offiziell Hausverbot erteilt. Eigentlich würde sie gerne sehen, wie die Kollegen von damals reagieren. Sie könnte reingehen, nach Taschentüchern fragen oder nach einem Kalender. Aber sie sagt, so mutig ist sie nicht.

Ein Kampf mit wirkungslosen Waffen: Wie viel Zeit hat Peter S. den Krebspatienten genommen?

Welche Folgen hat es, wenn man nur verdünnte Krebsmedikamente bekommt? Tausende Patienten wurden von Peter S. betrogen. Ihre Geschichten sind tragisch. So auch die Geschichte von Willi Hinte.

Von Anna Mayr, Correctiv, 23.08.2017

Seiner Frau hat er erstmal nichts gesagt. Denn es ist der Tag ihrer goldenen Hochzeit, als Willi Hinte merkt, dass etwas in seinem Körper nicht stimmt. Erst in der Woche darauf geht der damals 75-Jährige zum Arzt. Die Diagnose: Darmkrebs. Die Lebenserwartung: fünf Jahre.

Als er vom Arzt diese Diagnose bekommt, erzählt Hinte seiner Familie davon, seiner Frau und seinen zwei Töchtern. Er will kämpfen. Die Familie beschließt, nicht an den Tod zu denken.

Willi Hintes Chemo-Therapie beginnt am 19. April 2016. Das erste Medikament, das er bekommt, heißt Irinotecan. Die Ärzte wiegen und vermessen Hinte: Er ist 159 Zentimeter groß und wiegt 50 Kilo. An diesen Zahlen berechnet sich, wie viel Wirkstoff er braucht: 60 Milligramm Irinotecan. Jede Woche hängt Hinte jetzt an einem Infusionsbeutel. Drei Medikamente fließen während der Sitzung in seine Adern. Der Wirkstoff Irinotecan arbeitet wie ein Detektiv. Er soll durch Willi Hintes Körper fließen und den Krebs aufspüren. Irinotecan erkennt Krebszellen daran, dass sie sich sehr schnell teilen und vermehren. Das Krebsmedikament blockiert diese Teilung. Doch das Irinotecan, das Willi Hinte bekommt, schlägt nicht an. Er spürt kaum Nebenwirkungen. Nach den ersten zehn Sitzungen sagt sein Arzt: Es hilft leider nicht.

War in den Infusionen, die Willi Hinte im Sommer 2016 bekommen hat, wirklich Irinotecan? Das muss man sich heute fragen. Denn die Medikamente für Hinte kamen aus Bottrop. Der Apotheker Peter S. der „Alten Apotheke“ hat dort über Jahre hinweg Krebsmedikamente gepanscht. In den Infusionen, Spritzen und Tabletten, die die Patienten bekamen, war wahrscheinlich kein Wirkstoff – oder weniger Wirkstoff als verschrieben. Auch Willi Hinte bekam seine Medikamente aus der „Alten Apotheke“.

Krebszellen sind intelligent. Sie lernen, sich gegen die Wirkmechanismen der Krebsmedikamente zu wehren. Deshalb gibt es Ausweichmöglichkeiten, wenn ein Medikament nicht mehr hilft, weil die Krebszellen resistent geworden sind. Sogar, wenn man ein Medikament unterdosiert, kann das passieren. „Auch eine geringere Dosis kann zu Resistenzen führen“, sagt Wolf Köster, Leiter der Onkologie am Gemeinschaftskrankenhaus Witten-Herdecke. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Therapie anschlägt, sei natürlich geringer. Der Patient bekommt also zu wenig, um gesund zu werden. Doch die Krebszelle bekommt genug, um zu lernen, wie sie gegen das Medikament gewinnt. Ob Willi Hinte wirklich die verschriebene Dosis Irinotecan bekommen hat, das kann man jetzt nicht mehr nachprüfen. Damals beschlossen die Ärzte, dass es einfach nicht hilft.

„Für die Onkologen war es nicht möglich, zu bemerken, dass die Infusionen gepanscht sind“, sagt der Onkologe Köster. Denn Krebs ist unberechenbar. Es gibt allerdings Ärzte, die das anders sehen. Wir haben mit einem Onkologen gesprochen, der hier seinen Namen nicht lesen möchte, weil er nicht mit dem Fall in Verbindung gebracht werden will. Er sagt: „In einer großen Praxis müssten die Ärzte Verdacht schöpfen, wenn sie durchweg schlechte Behandlungsergebnisse bekommen.“ Es müsste auffallen, wenn Patienten zum Beispiel keinen Haarausfall hätten.

Möglicherweise haben im Fall der „Alten Apotheke“ manche Patienten von ihren Ärzten gehört, dass sie austherapiert sind. Dass ihnen kein Wirkstoff mehr helfen kann, weil ihr Krebs gegen alles resistent ist. Aber vielleicht haben die Patienten gar keinen Wirkstoff bekommen. Dann wären sie nicht resistent, sondern nur betrogen worden. „Eigentlich müsste man jetzt in jedem Einzelfall neu überprüfen, ob diese Diagnose wirklich stimmt“, sagt der Apotheker Torsten Hoppe-Tichy aus Heidelberg.

Seiner Ansicht nach hätte jeder Patient, der Lieferungen aus der Alten Apotheke bekam, neu untersucht werden müssen. Und auch der Onkologe, der anonym bleiben möchte, sagt: „Eigentlich ist niemand austherapiert. Man kann bei jeder Therapie noch einmal von vorne anfangen.“

Im Juli 2016 muss Willi Hinte die Therapie wechseln. Die nächste Waffe, die der Arzt verschreibt, heißt Oxaliplatin. Es gibt über hundert zugelassene Krebsmedikamente in Deutschland. Und alle wirken anders. Oxaliplatin dringt in die Zelle ein und verhakt sich in der DNA, als würde eine Spinne darin ihr Netz spannen. Dadurch entstehen Knoten, die dafür sorgen, dass die Krebszellen sich nicht mehr teilen können.

Willi Hinte bekommt zwölf Infusionen Oxaliplatin, wieder in derselben Praxis. Schon ein paar Milligramm des Medikaments kosten über hundert Euro. Die Forschung an Krebsmedikamenten ist umständlich und teuer, deshalb kosten die Medikamente bereits in kleinen Dosen hunderte, manchmal tausende Euro. „Bevor ein Medikament auf den Markt kommt, haben die Forscher viele andere ausprobiert, die schon in Studien oder im Labor scheitern“, sagt der Onkologe Köster. Bei manchen Medikamenten kostete die Entwicklung bis zu einer Milliarde Euro.

Hintes Familie hat zu diesem Zeitpunkt immer noch Hoffnung. Sie sind froh, dass die Ärzte ihnen einen zweiten Weg gezeigt haben. Ein neues Medikament bedeutet eine neue Chance auf Heilung. Hinte spürt die Nebenwirkungen, seine Fingerspitzen werden taub, davon haben die Ärzte ihm vorher erzählt. Am 18.10.2016 bekommt Willi Hinte zum letzten Mal eine Infusion mit Oxaliplatin. Der Krebs ist geblieben, es hat nicht geholfen.

Und eine Frage bleibt im Raum: Hat Willi Hinte überhaupt genug Wirkstoff bekommen?

Der Onkologe Köster sagt, dass man nicht wissen kann, was passiert, wenn Patienten eine geringere Dosis ihres Medikaments erhalten. Dafür sei Krebs zu unberechenbar. Manche Patienten haben wenige Nebenwirkungen, und der Krebs geht zurück. Manche haben starke Nebenwirkungen, aber der Krebs bleibt.

Im November 2016, sieben Monate nach seiner ersten Therapiesitzung, muss Hinte in ein Krankenhaus nach Essen, für eine noch aggressivere Chemo-Therapie. Doch der Krebs hatte bis dahin anderthalb Jahre Zeit, stärker zu werden.

Jeder Krebs ist anders. Das ist das große Problem. Es gibt keinen Normalverlauf, jeder Wert ist nur ein Schätzwert, ein Durchschnitt, von dem die meisten Patienten abweichen. Deshalb kann man nicht sagen, wie viel Zeit Willi Hinte noch gehabt hätte, wenn seine Medikamente von Anfang an gewirkt hätten. Das „vielleicht“ ist das schlimmste, für Patienten und Angehörige. Vielleicht wären da noch ein, zwei Monate mehr gewesen. Oder ein paar Jahre.

Im Krankenhaus, kurz vor Weihnachten, nimmt ein Arzt Willi Hintes Frau Erika zur Seite. Der Krebs hat gestreut, sagt er. Seinem Patienten will der Arzt es nicht sagen, denn der ist zu schwach für diese Nachricht. Metastasen in der Leber, viele kleine Metastasen, das kann man nicht operieren.

Zur gleichen Zeit liest Erika Hinte in der Zeitung, dass die Apotheke, aus der ihr Mann seine Medikamente bekommen hat, gepanscht hat. Auch Willi Hinte bekommt das mit. Erika Hinte ruft beim Gesundheitsamt an, holt sich die Behandlungsunterlagen ihres Mannes vom Arzt – aber alle beruhigen sie. Zu diesem Zeitpunkt ist nur von fünf Medikamenten die Rede. Die Wirkstoffe Irinotecan und Oxaliplatin, also Willis Medikamente, seien nicht gepanscht worden. Erika Hinte erzählt Willi davon. Sie sind beruhigt.

Ein aggressiver Krebs führt innerhalb von acht Monaten zum Tod. Zwischen der Beruhigung der Hintes und der Wahrheit liegen sieben Monate. Im Juli 2017 veröffentlicht die Stadt Bottrop eine neue Liste von Medikamenten: Es waren doch nicht nur fünf, sondern gut fünfzig, die wohl gepanscht wurden. Erika Hinte liest davon in der Zeitung. Mit Willi kann sie nicht mehr darüber sprechen. Er starb am 28. Januar 2017. Zwei Jahre nach ihrer Goldenen Hochzeit, drei Jahre früher als ihm anfangs prognostiziert wurde.

Seit der Nachricht über den Apotheker Peter S. fragt sich Erika Hinte, ob es anders hätte sein können. Hätte sie vielleicht mehr Zeit mit ihrem Mann haben können? Hat der Apotheker Peter S. Schuld daran, dass es bei Willi Hintes Krankheit

nur bergab ging? Das ist der größte Schaden, den der Skandal um die „Alte Apotheke“ angerichtet hat. „Alle haben jetzt diese Sorge im Kopf: Ist das wohl auch bei mir passiert?“, sagt der Onkologe Köster.

Gewissheit wird Erika Hinte nicht mehr erhalten. Sie will nicht klagen oder einen Anwalt nehmen. Sie hat kein Geld dafür, und ihr Willi kommt davon auch nicht zurück. Der Onkologe, der Willi Hinte behandelt hat, möchte sich aufgrund der ärztlichen Schweigepflicht nicht zur Geschichte seines Patienten äußern.

Apotheken-Kontrollen: Ein Erlass ohne Wirkung

Gesundheitsminister Laumann wollte die Apotheken-Kontrolle in NRW verbessern. Dafür hat er einen Erlass aufgesetzt. Auslöser war der Fall der "Alten Apotheke" in Bottrop und die in Kritik geratene Kontrollkette von Krebsmedikamenten. Die zuständigen Behörden in NRW sagen aber: Der Minister hat noch gar nichts verändert. Welchen Sinn und Zweck hat also der Erlass?

Von Anna Mayr, Correctiv, 24.08.2017

Es ist niemandem aufgefallen, dass der Apotheker Peter S. über Jahre hinweg Krebsmedikamente gepanscht hat. Jetzt fordern viele Betroffene und ihre Angehörigen, dass man die Kontrollen der Apotheken verbessern muss. Darauf wollte der neue Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) reagieren. Also hat er einen Erlass geschrieben und an die Gesundheitsämter in Nordrhein-Westfalen geschickt. Die Nachricht: Alles wird jetzt besser kontrolliert, alle Gesundheitsämter müssen ihre Kontrollen neu ausrichten. Aber tatsächlich verändert der Erlass nichts. Außer, dass in den Behörden alle verwirrt sind. Jeder scheint Laumanns Erlass anders zu interpretieren.

Simone Schmidt ist Amtsapothekerin der Stadt Köln. Als Amtsapothekerin ist sie dafür zuständig, Apotheken zu kontrollieren. Sie sagt aber, dass der Erlass von Laumann nur bekräftigt, was bereits besteht – nämlich dass unangemeldete Kontrollen von Apotheken möglich sind. Das war vorher auch schon so. Die Amtsapotheker durften auch schon immer die sterilen Räume kontrollieren, in denen die Apotheker Medikamente zubereiten und Proben aus den Zubereitungen ziehen. Auch ohne Ankündigung. So steht es im Gesetz. Laumann hat das nur noch einmal in seinem Erlass wiederholt.

Allerdings scheint es, als würden die Amtsapotheker diese Möglichkeit schlichtweg nicht nutzen. Simone Schmidt selbst ist seit Ende 2014 Amtsapothekerin der Stadt Köln und hat noch keine solche unangemeldete Kontrolle in einem Reinraum mit Probenentnahme durchgeführt. Sie seien unüblich und würden nur gemacht, wenn konkrete Hinweise bei den Behörden eingingen.

Laumann erhöht nicht die Taktung der Kontrollen, auch schreibt er nichts vor. Kein Amtsapotheker muss unangemeldete Kontrollen durchführen – er darf lediglich. So steht es im Gesetz, so stand es dort auch schon vor dem Erlass. Pflicht ist wie schon zuvor: Normale Apotheken werden alle vier Jahre kontrolliert – mit Ankündigung. Und Apotheken, die besondere Aufgaben haben, wie zum Beispiel ein Labor für Krebsmedikamente, werden alle drei Jahre kontrolliert – mit Ankündigung.

Alles bleibt, wie es war. Also wird es wohl keine häufigeren, unangemeldeten Kontrollen geben. Ein Sprecher des Kreises Unna sagt, dass unangemeldete Kontrollen eben schwierig zu realisieren seien. Vor allem in sterilen Räumen, in denen Krebsmedikamente hergestellt werden: “Da kann man ja nicht einfach so reinplatzen.” Der Apotheker Peter S. hatte übrigens in Hemd und Sakko im sterilen Raum gearbeitet. Und seinen Hund mit hineingenommen.

Rainer Kundt aus Essen macht sich Sorgen um den neuen Erlass. Er ist Leiter des dortigen Gesundheitsamts. Die zwei Amtsapotheker, die bei ihm arbeiten, sind für drei Städte zuständig: Essen, Mülheim und Oberhausen. Auch sie machen höchstens zehn unangekündigte Kontrollen im Jahr. Kundt findet, dass unangekündigte Kontrollen keinen Sinn machen, weil nicht zu jeder Zeit kompetentes Personal in der Apotheke ist. “Wir brauchen ja jemanden, den wir auf Kritik und Rückfragen ansprechen können”, sagt er. Er denkt außerdem, dass der Skandal um Peter S. auch mit unangemeldeten Kontrollen “nur sehr schwer zu verhindern” gewesen wäre. Denn wo so viel kriminelle Energie vorhanden sei, da würden auch Kontrollen kaum helfen. Unangemeldete Besuche würde seine Behörde kaum machen. “Weil wir einerseits Vertrauen zu den Apothekern haben und weil wir bei den Kontrollen vernünftige Leute antreffen wollen.”

Minister Laumann hat in seinem Erlass außerdem angekündigt, dass in Zukunft sogenannte “Rückläuferbeutel” kontrolliert werden sollen. “Das ist die einzige

wirklich neue Regelung im Erlass“, sagt eine Sprecherin des Düsseldorfer Gesundheitsamts. Der Apotheker Peter S. ist durch den Test eines Rückläuferbeutels aufgefliegen. Eine Mitarbeiterin stahl den Beutel in der Apotheke und brachte ihn als Beweisstück zur Polizei. Wenn Patienten ihre Infusionen nicht bekommen, gehen die Infusionsbeutel zurück in die Apotheken. Das kann passieren, wenn die Patienten zu schlechte Blutwerte haben, um eine Chemo-Therapie aushalten zu können. Man kann diese Beute testen. Darauf, ob sie wirklich Wirkstoffe enthalten.

Dieser Kontrollmechanismus macht Rainer Kundt aus Essen allerdings besonders unsicher. “Die Medikamente in diesen Beuteln kosten mehrere tausend Euro“, sagt er. Er sorgt sich, dass seine Behörde die Wirkstoffe dann bezahlen müsste. In Anbetracht der Tatsachen ist das aber nicht denkbar. Denn die Rückläufer kommen normalerweise auf den Sondermüll. Den Wirkstoff darin bezahlen die Krankenkassen – ganz egal, ob der Patient die Infusion wirklich bekommt oder nicht. Und die Krankenkassen haben wahrscheinlich großes Interesse daran, dass sich Fälle wie der von Peter S. nicht wiederholen. Peter S. hatte die Rückläuferbeutel nach Zeugenaussagen einfach ein zweites Mal an andere Patienten verkauft, anstatt sie zu entsorgen.

Aber eine wichtige Frage bleibt in Laumanns Erlass offen: Wer soll die Rückläuferbeutel aufbewahren? Die Apotheken? Die Onkologen? Eine Behörde? Und können die Apotheker überhaupt zur Rechenschaft gezogen werden, wenn in den Beuteln zu wenig Wirkstoff ist? Schließlich haben sie ja keine Kontrolle über die Infusionen mehr, sobald die die Apotheke verlassen. Also kann man sie juristisch nicht ganz so leicht verantwortlich machen, wenn etwas falsch dosiert sein sollte. So sagt es eine Sprecherin des Düsseldorfer Gesundheitsamts.

Sicher ist immerhin, wer die Proben kontrollieren soll: Das Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen. Das regelt Laumanns Erlass sehr deutlich. Die Analyse einer Probe kann laut Angaben des Düsseldorfer Gesundheitsamts mehr als 1000 Euro kosten.

Für die Stadt Bottrop ist der Amtsapotheker des Kreises Recklinghausen zuständig. Allerdings kann das dortige Gesundheitsamt zu dem Erlass bis jetzt noch nichts sagen. Die zuständige Vorsitzende ist gerade im Urlaub.

Der Verband der Zyto-Apotheken unterstützt den Erlass von Herrn Laumann. Er weist aber darauf hin, dass es keine Kontrollmechanismen gebe, die kriminelles Verhalten in jedem Fall verhindern können.

In der kommenden Woche werden die Amtsapotheker der Bezirksregierung Düsseldorf besprechen, was der Erlass von Laumann nun für sie bedeutet. Rainer Kundt sagt: “Wenn ich über die Kontrollen bestimmen könnte, würde ich zunächst mehr Personal fordern. Wir würden gerne mehr kontrollieren, aber wir brauchen dann auch die entsprechenden Mittel.”

Der Gönner war ein Heuchler – was passiert jetzt?

Das Hospiz in Bottrop hat viel Geld von Peter S. angenommen, jahrelang. Er galt als Gönner. Mitte August – neun Monate nach Bekanntwerden des Krebskandals – war er immer noch der 1. Vorsitzende des Fördervereins. Das Hospiz scheint nun zu versuchen, die Vergangenheit mit Peter S. vergessen zu machen.

Von Michel Weigel, Correctiv, 28.08.2017

Peter S. sitzt auf einem Hochsitz vor der “Alten Apotheke”. Jedes Mal, wenn ein Läufer an ihm vorbeikommt, wirft Peter S. einen Euro in die Kasse. Immer wieder, für jeden Teilnehmer des Spendenlaufs. Die Spenden gehen an das Hospiz in Bottrop. Das Hospiz ist auf Spenden angewiesen, die jährliche Veranstaltung “Bottrop, beweg dich” ist die wichtigste Einnahmequelle. An diesem Tag im Jahr 2014 kommen 93.000 Euro zusammen – ein großer Teil davon kommt von Peter S., dem damaligen Besitzer der “Alten Apotheke”.

Später wird er zur Presse sagen, dass ihn das Engagement für den Spendenlauf “ungemein freue” – dass die Bottroper Bürger ihre “Kraft, Spontaneität, Ausdauer und ihr Herz dieser Sache widmen.” Das unterstütze er. Der Hospiz Bottrop Förderverein e.V. wurde 1999 gegründet. Peter S. spielte dort in den vergangenen Jahren eine der führenden Rollen, die Einrichtung für Sterbende finanziell zu unterstützen.

S. hat sich den Spendenlauf ausgedacht und dem Hospiz auch darüber hinaus immer wieder Geld gegeben, zum Beispiel eine Einzelspende von 10.000 Euro. Im Januar 2014 wird S. am Amtsgericht Gelsenkirchen als 1. Vorsitzender des Fördervereins eingetragen. Gleichzeitig panschte er im Keller seiner Bottroper Apotheke Krebsmedikamente. Er könnte also dafür gesorgt haben, dass Menschen ins Hospiz kamen, weil ihre Medikamente wirkungslos waren. Sie hatten keine Chance

auf Heilung. 2014 hat das noch niemand vermutet. Deshalb befindet sich das Hospiz jetzt in einem Zwiespalt: Einerseits die Dankbarkeit der letzten Jahre. Andererseits die schmutzigen Spenden.

Es scheint, als wäre die Einrichtung in eine Schockstarre verfallen. Am 16. August dieses Jahres stand im Vereinsregister immer noch Peter S. als Vorsitzender des Fördervereins, auch auf der Internetseite des Hospiz ist sein Name noch immer zu lesen. Erst nach einer Anfrage von Correctiv entfernte das Hospiz seinen Namen von ihrem öffentlichen Auftritt. Antje von Gathen hat nun diese Position im Impressum der Internetseite übernommen. Gegenüber der Presse und auch Correctiv wollte sich die Hospizleitung dazu noch nicht äußern. Am 28. August ist Peter S. weiterhin als 1. Vorsitzender im Vereinsregister des Fördervereins aufgeführt.

In ein Hospiz kommen Menschen, die unheilbar krank sind. Im Hospiz in Bottrop können acht Menschen gleichzeitig betreut werden, der Platz ist für sie kostenlos. Deshalb braucht das Hospiz mittlerweile jedes Jahr 160.000 Euro, um die Kosten zu decken, die größtenteils über Spenden finanziert werden – wie es aus dem Umfeld der Hospizleitung heißt. Dass beim Spendenlauf alleine 93.000 Euro zusammenkamen zeigt, wie wichtig dieser Tag für das Hospiz war. 2015 waren es sogar 100.000 Euro, das beste Ergebnis jemals in der achtjährigen Geschichte.

Es ist ein ruhiger, idyllischer Ort, an dem die Hospizbewohner ihre letzte Zeit verbringen. Die Menschen sollen sich dort wohlfühlen, darum sieht das Gebäude aus wie ein normales Wohnhaus. Umgeben von einer Mauer, Bäumen und Sträuchern, die den Blick von außen verhindern. Die Bewohner haben ihre Ruhe. Der Skandal um die gepanschten Medikamente aus der “Alten Apotheke” muss das Hospiz erschüttert und die Leitung aus der Ruhe gebracht haben. Schließlich nahm man jahrelang die nötigen Spenden an, ohne sie zu hinterfragen.

Warum auch? Apothekern vertraut man. So wird es auch die Hospizleitung getan haben. Peter S. stellte sich selbst als Wohltäter dar, dem es um die Menschen ging. Heute weiß man, dass die Spenden eher Selbstdarstellung waren. Auf seinem Hochsitz vor der Apotheke hat S. sich als Gönner gezeigt – das nahm ihm nicht nur die Hospizleitung ab, sondern die ganze Stadt.

Das Hospiz musste nach Bekanntwerden des Krebskandals reagieren und sich von Peter S. entfernen. Die Hospizleitung hat dafür den Spendenlauf komplett verändert. Er findet nicht mehr unter dem Motto "Bottrop beweg dich" statt, sondern heißt jetzt "Jeder Meter zählt für das Hospiz Bottrop". Die Strecke führt jetzt durchs Rathaus-Viertel und nicht mehr entlang der "Alten Apotheke". Auf dem Flyer ist nicht mehr die Anzeige der Alten Apotheke, stattdessen die Kontaktdaten des Hospizes. Statt dunkelblau ist die Werbung für den Lauf jetzt hellgrün. Es ist ein Neuanfang.

Auch im Internet versucht das Hospiz, die Verbindung zu S. aus dem Gedächtnis zu löschen. Erst wurde Peter S. als Vorsitzender des Fördervereins entfernt, dann ein Post auf der Facebookseite, in dem es hieß: "Wenn Apotheker Peter S. zum Spendenlauf bittet, dann kommen sie alle." Dieser war bis zum 23. August 2017 noch ganz oben auf der Facebookseite des Hospizes angepinnt. Auch entfernte man Pressemitteilungen, in denen der Apotheker erwähnt wurde – es soll wohl endlich wieder ruhig werden.

Drei Apotheken-Kontrollen – kein Effekt

Der Apotheker Peter S. wurde von den Behörden kontrolliert: dreimal zwischen 2011 und 2016. Aber die Kontrolleure merkten nicht, dass er Medikamente panschte. Denn die Infusionen wurden nicht untersucht. Ein internes Dokument belegt, wie wenig Respekt S. gegenüber den städtischen Kontrolleuren hatte. Handschriftlich steht da: „Sie kann dich am Arsch lecken.“

Von Marcus Bensmann, Correctiv, 29.08.2017

„Begehung“– das klingt so harmlos wie ein Spaziergang. Mit „Begehungen“ bezeichnen die Kommunen die Kontrollen von Apotheken. Für die Kontrollen sind die Amtsapotheker zuständig. So harmlos wie sie klingen, waren die angekündigten Besuche auch. Zumindest in Bottrop. Drei Kontrollen zwischen 2011 und 2016 konnten das Treiben von Peter S. nicht stoppen.

Bei den Begehungen wurden nämlich nicht die Inhaltsstoffe kontrolliert, die Peter S. anmischte, sondern nur die Räumlichkeiten. „Bei den Kontrollen wurden keine Anhaltspunkte gefunden für die jetzt in Rede stehenden Regelverstöße und Verfehlungen“, sagte ein Sprecher der Stadt Bottrop bereits im Frühjahr dieses Jahres gegenüber Panorama.

CORRECTIV liegt das Fragment eines Begehungsprotokolls vor, das Peter S. im Januar 2016 zugeschickt wurde. Daran sieht man, wie wenig die Kontrollgänge der Behörden in der Alten Apotheke Ernst genommen wurden. „Sie kann dich am Arsch lecken“, ist dort handschriftlich vermerkt. Wer die Notiz gemacht hat, die nach der Begehung in das amtliche Protokoll gekritzelt wurde, ist unklar. Wer gemeint ist, ebenso. Die Begehung fand durch zwei Amtsapothekerinnen statt.

Der Auszug des Kontrollberichtes der "Alten Apotheke" wurde CORRECTIV zugespült. Zu lesen ist die Notiz: „Sie kann dich am Arsch lecken.“

Die Begehung am 19.01.2016 war nötig, um ein weiteres Zytolabor abzunehmen. Die Geschäfte von Peter S. liefen damals gut, er expandierte und brauchte ein zweites Labor für die Krebsmedikamente. Neben der Alten Apotheke richtete er deshalb ein weiteres Gebäude mit neuen Räumen für ein Speziallabor ein. An ein solches Labor sind die höchsten Sicherheitsvorschriften gestellt.

Nach der Begehung fertigten die Amtsapothekerinnen eine „Niederschrift“ an, den Kontrollbericht. Der Daumen ging nach oben. Die Räume seien für geeignet befunden worden, um dort steril Medikamente herzustellen, sagt der Stadtsprecher. Noch am Tag der Begehung erhielt Peter S. eine Betriebsgenehmigung, in dem die neue Adresse mit dem Labor aufgeführt ist. Am gleichen Tag ging die Produktion los.

Die Kontrolleure fanden zwar Mängel – die sprachen allerdings nicht gegen die Betriebserlaubnis. Der Sprecher der Stadt Bottrop listet sie auf: Das „Umkleideprocedere für die Mitarbeiter“ sollte verbessert werden. Außerdem war die Dokumentation zur Herstellung der Krebsmittel zum Zeitpunkt der Begehung „nicht gewährleistet“. Darüber hinaus sollte eine elektronische Dokumentation und Archivierung erfolgen, und die Eignung des EDV-Systems sollte nachgewiesen werden.

Nach Aussagen des Pressesprechers wurden die Mängel Peter. S. am 26.01.2016 übermittelt. Die Behörden forderten den Apotheker auf, diese zu beheben. Peter S. reagierte fix und schrieb nach einer Woche in einer Email, dass die Mängel beseitigt seien. Damit war für die Stadt der Fall abgehakt, sie glaubte der Versicherung von Peters S..Und der Apotheker streckte in dem neuen Labor bis zu seiner Verhaftung für weitere 10 Monate Krebsmedikamente.

Über Jahre hinweg hat Peter S. in der „Alten Apotheke“ verdünnte und teils wirkungslose Krebsmedikamente verkauft. Er streckte nach Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft zwischen 2011 und 2016 über 60.000 Krebstherapien. Auch um die Hygienevorschriften schien er sich nicht zu kümmern. Er soll nach Aussagen von Mitarbeitern in Strassenkleidung und mit seinem Hund im Labor gearbeitet haben, um die Infusionen zu mixen.

Wir haben die Anwälte von Peters S. befragt, ob er den handschriftlichen Vermerk auf dem Kontrollbericht Bericht kannte. Bis zum Redaktionsschluss gab es dazu keinen Kommentar.

Sieben offene Fragen zu den gepanschten Medikamenten

Die Stadt Bottrop hat eine Liste mit 49 Wirkstoffen erstellt, die nachweislich in der "Alten Apotheke" gepanscht wurden. Damit wollte man die Patienten beruhigen und informieren. Auch wir haben uns an diese Liste gehalten – allerdings haben wir festgestellt, dass sie viele Fragen aufwirft. Wir haben die Staatsanwaltschaft und die Stadt Bottrop damit konfrontiert.

Von Anna Mayr, Correctiv, 05.09.2017

1. Peter S. soll farbige Medikamente gepanscht haben – warum hat das niemand gesehen?

Auf der Liste stehen zwei Wirkstoffe, die man eigentlich nicht panschen kann: Epirubicin und Doxorubicin. Denn diese Wirkstoffe sind rot. Eine Infusionslösung, in der sie enthalten sind, ist demnach auch rot. Man könnte Panscherei mit dem Auge erkennen. Wir haben dazu einen Onkologen befragt. Er sagt: Bei farbigen Wirkstoffen müsste man mindestens 70 Prozent reinton – sonst könne der Apotheker auch direkt selbst zur Polizei gehen. Denn geschultes Personal müsste erkennen, wenn die Infusionslösung rosa statt rot ist. Allerdings hat Peter S. weniger als 70 Prozent von Doxorubicin eingekauft – das hat die Staatsanwaltschaft ausgerechnet. Warum ist es dann niemandem aufgefallen, dass die Lösungen nicht rot waren, sondern rosa? Warum hat in den Arztpraxen kein Mensch die Unterdosierung bemerkt? Die Staatsanwaltschaft sagt dazu: „Die behandelnden Ärzte und ihre Mitarbeiter sind nicht Beschuldigte.“

2. Peter S. soll auch sehr billige Mittel gepanscht haben. Ging es ihm wirklich nur ums Geld?

Carboplatin steht auf der Liste der gepanschten Wirkstoffe. Carboplatin kostet etwa 50 Euro pro 100 Milligramm – es ist also günstig. Andere Wirkstoffe kosten in der gleichen Menge tausende Euro. Hat Peter S. also nicht nur gierig, sondern einfach grob fahrlässig gehandelt? Gab es einen Plan? Die Staatsanwaltschaft möchte sich an Spekulationen nicht beteiligen – Sprecherin Anette Milk sagt: „Wir haben kein Muster erkannt.“

3. Sind etwa doch nicht nur Krebspatienten betroffen?

Bei der Razzia am 29. November fand die Staatsanwaltschaft eine Spritze, in der Zoledronsäure unterdosiert war. Zoledronsäure bekommen auch Patienten, die an Osteoporose leiden. Außerdem hat Peter S. zu wenig Cyclophosphamid eingekauft – ein Wirkstoff, der selten auch bei Multipler Sklerose eingesetzt wird. Müssen sich nun auch die Patienten Sorgen machen, die Medikamente gegen Multiple Sklerose und Osteoporose bekommen haben? Die Antwort der Staatsanwaltschaft: „Eine Aussage über Indikationen haben wir nicht getroffen.“ Die Diagnosen der Patienten kenne man nicht. Andere Behörden müssen also für Aufklärung sorgen.

4. Warum geht es immer nur um Krebsmedikamente, wenn Peter S. sogar Mittel gegen Übelkeit gepanscht hat?

Bei einer Chemotherapie wird den Patienten oft schlecht. Sie bekommen deshalb Dexamethason gespritzt, das ebenfalls auf der Liste steht. Es ist einfach, dieses Mittel gegen Übelkeit zu panschen, denn es kann den Ärzten nicht auffallen: Patienten reagieren sehr unterschiedlich auf Übelkeit, Raucher sind zum Beispiel abgehärtet. Bei der Razzia wurden in der Apotheke 66 Infusionen sichergestellt, die unterdosiert waren, davon waren 28 Infusionen mit Wirkstoffen gegen Krebs. Bleiben also 38 Infusionen mit anderen Medikamenten, die auch unterdosiert waren. Klingt soweit logisch: Denn wenn Patienten keine Krebsmedikamente bekommen, brauchen sie auch kein Mittel gegen Übelkeit.

5. Warum wurden diese Mittel überhaupt in der Apotheke zubereitet?

Ein unabhängiger Onkologe sagt, dass es ungewöhnlich ist, Spritzen Dexamethason (gegen Übelkeit) und mit Zoledronsäure (gegen Osteoporose) in einer Apotheke mischen zu lassen. Normalerweise kaufen Ärzte aus der Apotheke nur die

Ampullen, um die Spritzen selbst aufzuziehen. Aber allein bei der Razzia am 29. November muss die Staatsanwaltschaft zwei Spritzen mit Zoledronsäure und Dexamethason gefunden haben, sonst wären diese Wirkstoffe nicht auf der Liste. In der Anklageschrift, die Correctiv in Auszügen vorliegt, heißt es, dass Peter S. Fertigarzneimittel verdünnt haben soll, um sie erst dann auf die Spritzen zu ziehen.

6. Können Patienten, die an Arzneimittelstudien teilgenommen haben, sich sicher fühlen?

Der Onkologe Wolf Köster des Gemeinschaftskrankenhauses Witten-Herdecke sagte auf einer Veranstaltung von Correctiv, dass er sich nicht vorstellen könne, dass Panscherei innerhalb von Studien möglich ist. Die Ergebnisse der Razzia können diese Annahme zumindest teilweise bestätigen. In der Anklageschrift heißt es, dass von 29 Antikörpertherapien, die in der „Alten Apotheke“ sichergestellt wurden, nur eine die volle Dosierung enthielt – und diese war für eine Studie vorgesehen.

7. Wer fühlt sich final für die Liste verantwortlich?

Die Liste mit den 49 Wirkstoffen hat das Gesundheitsamt der Stadt Bottrop erstellt. Dafür hat es die Ermittlungsergebnisse der Staatsanwaltschaft verwendet. Deshalb lässt sich jetzt die Verantwortung gut hin- und herschieben. Die Stadt Bottrop sagt, dass die Liste sich noch verlängern kann: Aufgrund der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und des Prozessverlaufs. Die Staatsanwaltschaft hingegen sagt: Die Liste, damit haben wir nichts zu tun, denn die hat ja die Stadt Bottrop erstellt – und die Ermittlungen sind sowieso längst abgeschlossen.

Wie viele Patienten sind möglicherweise betroffen?

Die Stadt Bottrop stellt die Zahl der Patienten in Frage, die von Peter S. Medikamente bekommen haben. Anstatt sich für die Betroffenen einzusetzen, zweifelt die Stadt die Recherchen von CORRECTIV an.

Von Bastian Schlange, Anna Mayr, Correctiv, 05.09.2017

In der kostenlosen Wurfsendung „Mittendrin!“, die an Bottroper Haushalte verteilt wird, wirft der Sprecher der Stadt Bottrop, Andreas Pläskén, CORRECTIV vor, irreführende Zahlen zu den betroffenen Patienten und gepanschten Medikamenten im Skandal um die Alte Apotheke zu verbreiten.

„Laut ARD-Magazin Panorama und Recherchezentrum CORRECTIV soll es 3700 betroffene Patienten geben“, sagte Pläskén in der aktuellen Samstagsausgabe von Bottrop „Mittendrin!“. Er beruft sich dabei auf die Staatsanwaltschaft, die von einer niedrigeren Zahl spricht. Pläskén zweifelt auch daran, wie viele Wirkstoffe Peter S. gepanscht haben soll. Er kenne nur die Zahl „34“ – „Auch hier nennen Panorama und Correctiv viel höhere Zahlen.“ (Konkret nennen wir von CORRECTIV 49 oder mehr Wirkstoffe). Pläskén: „Ich frage mich, woher sie die haben.“

Grundsätzlich: Die Staatsanwaltschaft Essen ist nicht dafür zuständig, den ganzen Skandal aus medizinischer Sicht aufzuklären. Die Staatsanwaltschaft muss nur genügend Beweise zusammentragen, um den Angeklagten Peter S. wegen Betrugs und Verstoßes gegen das Arzneimittelgesetz zu belangen. Sie muss nicht dafür sorgen, dass Patienten darüber informiert werden, ob sie betroffen sind. Sie muss dafür sorgen, dass Peter S. bestraft wird.

Deshalb hat die Staatsanwaltschaft auch nur die Buchführung der Alten Apotheke aus den Jahren 2012 bis 2016 überprüft. Sie hat geprüft, ob Peter S. weniger

Wirkstoffe eingekauft hat, als er verkauft hat. Betrugsfälle, die länger als fünf Jahre zurückliegen, kann die Staatsanwaltschaft nicht mehr zur Klage bringen. Sie gelten als verjährt. Deswegen hat sie diese nicht untersucht. Selbst wenn damals Patienten von der Panscherei betroffen waren. Die Staatsanwaltschaft hat also nur den Zeitraum von 2012 an untersucht.

Kommen wir zu den Tatsachen. Nach Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft hat Peter S. in seinem speziellen Reinraumlabor 138 Wirkstoffe zu Krebstherapien angemischt. Von diesen 138 Wirkstoffen gehörten 74 zu den sogenannten Zytostatika, speziellen Krebsmedikamenten. Das sagt die Staatsanwaltschaft auf unsere Presseanfrage zur Medikamentenliste .

Für diese 74 Wirkstoffe hat die Staatsanwaltschaft die Buchhaltung der vergangenen fünf Jahre überprüft. In diesem Zeitraum waren es 35 Wirkstoffe, bei denen die eingekaufte Menge lediglich 70 Prozent oder weniger entsprach als die verkaufte Menge. Das bedeutet: 35 Wirkstoffe gegen Krebs hat Peter S. demnach verdünnt oder ganz ohne Wirkstoff verkauft.

Bei ihrer Razzia am 29. November 2016 in der Alten Apotheke stellten Ermittler zusätzlich 117 fertige Therapiebeutel und Spritzen sicher. Medikamente, die Peter schon angerührt hatte. Bei mehr als der Hälfte dieser Mischungen stimmten die Inhalte und Dosierungen nicht. Die Stadt Bottrop hat die betroffenen Wirkstoffe – insgesamt 14 – in ihrer Liste mit aufgenommen und damit die Liste der gepanschten Wirkstoffe auf 49 erweitert.

Diese Zahl scheint Stadtsprecher Pläskén nicht zu kennen, obwohl die Liste mit den 49 Wirkstoffen auf der Website des Gesundheitsamts Bottrop veröffentlicht wurde.

Nach den Kriterien der Staatsanwaltschaft, die in erster Linie wegen Betrugs ermittelt, sind lediglich die Patienten betroffen, die im Zeitraum 2012 bis 2016 einen der 35 Wirkstoffe aus der Alten Apotheke erhalten haben.

Man sollte aber von mindestens 49 Wirkstoffen ausgehen – da für diese Wirkstoffe Panschereien nachweisbar sind. Wenn man sich anschaut, wer Medikamente mit diesen Wirkstoffen aus der Alten Apotheke bekommen hat, findet man mehr als 3700 Menschen in sechs Bundesländern. Dies geht aus Unterlagen

hervor, die den Ermittlern vorliegen. Allein die Onkologen in Bottrop haben über 31.000 Infusionsbeutel für mehr als 1300 Patienten aus der Apotheke von Peter S. erhalten.

Diese Zahlen sind aber aus folgenden Gründen immer noch zu niedrig: Peter S. betrieb seit 2001 ein Zytolabor in der Alten Apotheke und verkaufte Krebsmedikamente. Seit 2009 war er Inhaber der Apotheke. Unstimmigkeiten beim Ein- und Verkauf finden sich nicht nur in den juristisch relevanten fünf Jahren.

Schaut man in die Unterlagen der Ermittler, sind tatsächlich seit 2009 bundesweit über 5600 Patienten betroffen. Und wenn man bis 2005 zurückschaut, sind es sogar über 7300 Patienten. Aus medizinischer Sicht und in Bezug auf die Aufarbeitung des Falls ist der Ansatz der Staatsanwaltschaft also nicht relevant. Stattdessen muss man sich die Zahl der Menschen anschauen, die tatsächlich betroffen sind und möglicherweise gepanschte Medikamente aus der Alten Apotheke bekommen haben.

Und genau das passiert leider immer noch nicht von Seiten der Behörden. Im Dezember 2016 wurden auf der Seite des Gesundheitsamts Bottrop fünf Wirkstoffe veröffentlicht. Das waren aber nur die Wirkstoffe, die der Whistleblower Martin Porwoll als Beweis vorgelegt hatte, als er die Anzeige gegen Peter S. einreichte. Diese Liste wurde erst nach unserer Berichterstattung mit Panorama im Juli 2017 – also sieben Monate später – auf 49 Wirkstoffe erweitert. Pläskén sagte gegenüber „Mittendrin!": „Wir von der Stadt Bottrop haben lange dafür gekämpft, um die Wirkstoffe von der Staatsanwaltschaft zu erhalten.“ Das ist so nicht richtig und geht auch nicht aus den Unterlagen hervor. Im Gegenteil monatelang ist nichts an Aufklärung in Bottrop geschehen – obwohl das Landeszentrum Gesundheit NRW bereits Ende Januar 2017 darüber informierte, dass mehr als fünf Wirkstoffe von der Panscherei betroffen sind.

Aus medizinischer Sicht ist es nicht nachvollziehbar, dass die Stadt Bottrop und die zuständigen Gesundheitsbehörden keine generelle Warnung vor sämtlichen Wirkstoffen herausgegeben haben, die aus der „Alten Apotheke“ kamen. Denn auch die Zusammenstellung der 49 gepanschten Wirkstoffe wirft Fragen auf.

Etwas mehr als die Hälfte der 138 Wirkstoffe – nämlich nur die 74 Zytostatika – wurden von der Staatsanwaltschaft konkret durchgerechnet. Die übrigen Stoffe, Begleitmedikamente für Krebsbehandlungen aber auch andere Wirkstoffe, wurden nicht durchgerechnet. Und das, obwohl auch einige Mittel gegen Übelkeit genauso teuer sind wie Chemotherapien. Bei der Razzia in der Apotheke wurden auch Wirkstoffe gefunden, die nicht zu den Wirkstoffen gegen Krebs zählten aber trotzdem falsch dosiert waren. Zum Beispiel Dexamethason, ein Mittel gegen Übelkeit. Außerdem fand man weitere gepanschte Zytostatika – Wirkstoffe, die eigentlich nach Berechnung der Staatsanwaltschaft als sicher galten.

Wir hätten von der Stadt Bottrop erwartet, dass sie den Skandal aus eigener Kraft versucht aufzuklären. Dass sie versucht, die Missstände rund um die „Alte Apotheke“ ans Licht zu bringen. Und dass sie mit anderen Behörden alles daran setzt, die betroffenen Patienten zu informieren. Stattdessen macht die Aussage von Stadtsprecher Andreas Pläskén im Kostenlosblatt „Mittendrin!“ klar: Der Wille, dem Skandal mit voller Offenheit, Transparenz und Konsequenz zu begegnen, existiert nicht. Stattdessen versteckt sich die Stadt Bottrop hinter einer anderen Behörde, der Staatsanwaltschaft; einer Behörde, die nicht den Zweck verfolgen kann, den ganzen Skandal aufzuarbeiten. Dies müsste schon die Stadt Bottrop leisten.

Es gab schon 2013 eine Anzeige gegen Peter S. – die Ermittlungen dauerten nur 14 Tage

Unterdosierte und abgelaufene Krebsmedikamente – schon vor dreieinhalb Jahren wurden diese Vorwürfe gegen Peter S. zur Anzeige gebracht. Aber die Staatsanwaltschaft stellte die Ermittlungen ein.

Von Anna Mayr, Hüdaverdi Güngör, Correctiv, 06.09.2017

Am 2. Dezember 2013 wurde gegen Peter S. eine Anzeige gestellt. Die Vorwürfe gleichen denen, die jetzt auch gegen ihn erhoben werden. Allerdings wurden die Ermittlungen gegen S. 14 Werkstage später eingestellt, am 19. Dezember 2013. Nur 14 Werkstage, um Vorwürfe zu prüfen, aus denen man hätte folgern können, dass es nicht nur um Steuerhinterziehung, sondern auch um Körperverletzung gehen könnte.

Correctiv liegt das Schreiben vor, mit dem die Staatsanwaltschaft Essen die Anzeige ablehnte. Die Begründung dafür: Man hätte keine Beweise. Dabei wäre es anhand der Vorwürfe damals schon möglich gewesen, S. zu überführen. Rund 3000 Krebspatienten haben in den dreieinhalb Jahren nach dieser ersten Anzeige Medikamente aus der Alten Apotheke bekommen. Peter S. hat damit Millionen Euro verdient.

Der Mann, der die Anzeige damals gestellt hat, sagt, dass er selbst nicht in der Apotheke beschäftigt war. Was dort passierte, habe er allerdings schon seit 2002 gewusst. Als Quelle gibt er einen Labor-Mitarbeiter von Peter S. an.

Tatsächlich waren die Vorwürfe in der gestellten Anzeige konkret formuliert. Krebsmedikamente würden „abweichend von der ärztlichen Verordnung falsch bzw. niedriger dosiert an die Ärzte geliefert bzw. den Patienten verabreicht.“ Außerdem

enthielt die Anzeige den Vorwurf, dass abgelaufene Medikamente weiterverwendet würden.

Das Fazit nach 14 Tagen Ermittlungen: Den Tatverdacht wegen Steuerhinterziehung durch Falschdosierung von Krebsmedikamenten könne man nicht nachweisen, schrieb die Staatsanwaltschaft Essen. Die Ermittler verstanden schon, dass Peter S. durch die Unterdosierung viel Geld verdienen könnte. Aber wie viel Geld genau, das könne man nicht nachvollziehen – „aufgrund der Vielzahl der eingesetzten Inhaltsstoffe und der unterschiedlichen Lieferanten.“ Übersetzt heißt das eigentlich nur, dass die Staatsanwaltschaft gewissermaßen kapitulierte. Dass S. mit der Unterdosierung Menschen schaden könnte, darum geht es in dem Schreiben nicht. Man könne eben nicht berechnen, wie viel Geld Peter S. mit der Unterdosierung verdient.

Die Berechnungen des Whistleblowers Martin Porwoll beweisen aber das Gegenteil.

Im letzten Absatz des Schreibens heißt es, dass die zuständige Staatsanwältin die Ausführungen weitergeben wird – falls sich daraus ein Verdacht wegen Abrechnungsbetrugs gegenüber den Krankenkassen ergibt. Oder, falls sich daraus ein Verdacht wegen Verstoßes gegen das Arzneimittelgesetz ergibt. Offensichtlich hat sich beides aber nicht ergeben. Sonst wäre Peter S. sicher schon zu einem früheren Zeitpunkt festgenommen worden.

Auch in dem aktuellen Verfahren ist wieder die Staatsanwaltschaft Essen mit dem Fall Peter S. betraut. Martin Porwoll hatte seine Anzeige im Herbst 2016 ursprünglich an die Staatsanwaltschaft in Bochum gerichtet, die auf Wirtschaftskriminalität spezialisiert ist.

--

UPDATE – 6.9.17, 21:40 Uhr: Die Staatsanwaltschaft in Essen erklärt den Vorgang folgendermaßen: Das Verfahren, das eingestellt wurde, hätte nicht den Vorwurf der Unterdosierung von Medikamenten oder des Abrechnungsbetrugs zum Gegenstand gehabt. Die Ermittlungen zu dieser speziellen Anzeige wurden also eingestellt, aber es folgten weitere Ermittlungen.

Den Vorwürfen zum Verstoß gegen das Arzneimittelgesetz und wegen des Abrechnungsbetrugs sei man gesondert nachgegangen, so sagt es die Staatsanwaltschaft.

Dazu befragten die Ermittler sowohl den Hinweisgeber, der die initiale Anzeige gestellt hatte, als auch seine Quelle, von der er die Informationen hatte. So wurde es gemacht, da der Hinweisgeber ja eben nur aus dritter Hand berichtete. Seine Quelle, eine damalige Angestellte von Peter S., bestätigte die Vorwürfe aber nicht.

Nach den Angaben der Angestellten schloss die Staatsanwaltschaft darauf, dass der ursprüngliche Hinweisgeber ein Motiv für die Anzeige gegen Peter S. hatte: Man ging von einem „Rosenkrieg“ zwischen ihm und der Angestellten aus. Auch Peter S. wurde im Lauf dieser Ermittlungen vernommen.

Elf Monate später, also im November 2014, wurden dann auch diese Ermittlungen eingestellt.

Die Staatsanwaltschaft sagt weiterhin, dass die Ausgangslage damals eine andere war: Die Beweise und die Angaben des Hinweisgebers waren nicht so eindeutig, wie es 2016 der Fall war. Die Beweislage sei deshalb nicht geeignet gewesen, um einen Durchsuchungsbeschluss zu erwirken.

Düsseldorfer Praxen bekamen Krebsmedikamente vom Alten Apotheker Peter S.

Zwei Düsseldorfer Praxen bezogen ihre Medikamente aus der Alten Apotheke von Peter S.. Sie versorgten über 900 Krebspatienten mit diesen Arzneien. Bis heute wissen viele dieser Patienten das nicht – so ergeben es unsere Recherchen.

Von Marcus Bensmann, Anna Mayr, Bastian Schlange, Correctiv, 13.09.2017

Das Medical Center in Düsseldorf und die Alte Apotheke in Bottrop haben von außen nichts miteinander zu tun. Das Medical Center erhebt sich vor den Besuchern zum Himmel und wirft ihnen ein Spiegelbild aus Glas und Stahl entgegen. Die Alte Apotheke, etwa 50 Kilometer weit entfernt, sieht verschlafen aus. In der Alten Apotheke mit dem rosa Anstrich und den Schnörkeln an der Fassade panschte Peter S. Infusionen mit Krebsmedikamenten. Von dort lieferte er sie nach Düsseldorf, ins Medical Center – an den anerkannten Brustkrebs-Spezialisten Mahdi Rezai.

Wir nennen hier erstmals den Namen eines Arztes, der die gepanschten Medikamente aus Bottrop an seine Patienten weitergab. Warum – das erklären wir weiter unten. Zunächst erklären wir den Fall:

Der anerkannte Brustkrebs-Spezialist Mahdi Rezai leitet das Europäische Brustzentrum, das ans Düsseldorfer Luisenkrankenhaus angegliedert ist. Peter S. mischte die Infusionen für etwa 900 von Rezais Patientinnen, etwa seit 2011. Die Krebsmedikamente wurden aus der Alten Apotheke in Bottrop nach Düsseldorf geliefert. Zeugen berichten von regelmäßigen Botenfahrten – denn die Medikamente müssen genau auf den Patient abgestimmt und kurzfristig verabreicht werden.

Die Staatsanwaltschaft Essen wirft Peter S. vor, über 60.000 Krebsmedikamente gepanscht zu haben. Die Arzneien sollen keinen oder viel zu wenig Wirkstoff enthalten haben. Seine Lieferungen gingen in fünf Bundesländer.

Und eben auch nach Düsseldorf – zu den Patientinnen des Brustkrebs-Spezialisten Mahdi Rezai und an die Urologie am Malkasten. In der Urologie sind allerdings nur etwa 33 Patienten betroffen. Die Namen dieser Praxen bestätigte uns auf Anfrage auch die Stadt Düsseldorf. Das örtliche Gesundheitsamt sei erst Anfang September über die Namen der belieferten Praxen informiert worden, sagte ein Sprecher der Stadt.

Peter S. sitzt bereits seit November 2016 in Untersuchungshaft. Die Dimension des Falles ist seit Monaten bekannt. Doch noch immer wissen Patienten nicht, dass sie von den Panschereien des Alten Apothekers aus Bottrop betroffen sein könnten. Die Autos, die die Krebsmedikamente aus Bottrop ins Medical Center lieferten, waren wahrscheinlich selten länger als eine Stunde unterwegs. Die Informationen über die betroffenen Praxen haben ein Dreivierteljahr gebraucht, bis sie Düsseldorf erreichten. Das sind Monate, in denen betroffenen Patienten ihr Recht auf Gewissheit verwehrt blieb.

Dass es eine Verbindung zwischen Düsseldorfer Ärzten und dem Bottroper Apotheker geben könnte, war bis jetzt nicht öffentlich bekannt. Auch die Ärztekammer Nordrhein, die für Düsseldorf zuständig ist, habe die Liste der Ärzte erst Anfang September erhalten, sagt ein Sprecher. Man befände sich noch in Beratungen, wie mit der Information umzugehen sei. Daher könne die Ärztekammer den Fall noch nicht kommentieren.

Für die Patienten ist die Unwissenheit fatal. Sie können sich keinen medizinischen Rat holen, sie können sich nicht juristisch zur Wehr setzen. Sie müssen wissen, was los ist.

Doch offenbar hat die meisten Patienten bis heute, niemand ausreichend informiert.

Das Gesundheitsamt sagt, die Namen und die Zahl „der möglicherweise betroffenen Patienten“ seien nicht bekannt. Man habe keine Rechtsgrundlage, um

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

mögliche Betroffene zu benachrichtigen: „Eine Information der Patienten ist aus hiesiger Sicht nur durch die behandelnden Ärzte möglich.“

Allerdings ist unklar, ob die Ärzte in den beiden Praxen wirklich alle möglicherweise betroffenen Patienten in Düsseldorf informiert haben. Denn anders als in Bottrop, sind die Menschen in Düsseldorf auf eine aktive Information durch die Ärzte dringend angewiesen. In Bottrop wissen die Menschen, welche Ärzte die gepanschten Mittel verabreicht haben. Die Patienten können sich aus eigenem Antrieb bei ihrer Praxis melden.

In Düsseldorf ist das anders. Ein unbedachter Patient wird nicht wissen, wo seine Medikamente herkamen. Er wird nicht einmal ahnen, dass er möglicherweise betroffen ist.

Die Menschen sind darauf angewiesen, dass die Praxen von sich aus die Patienten informieren.

Aus Gesprächen mit Mitarbeitern des Europäischen Brustzentrums, das Mahdi Rezai leitet, wissen wir, dass sich tatsächlich einzelne Patienten an die Praxis Rezai gewandt haben. Sie wussten aus eigener Erinnerung, dass sie eine Chemotherapie aus der Alten Apotheke bekommen hatten. Vielleicht hatten sie die Rechnungen der Krankenkasse im Kopf. Oder sie haben sich daran erinnert, was auf den Beuteln stand, deren Inhalt in ihre Blutbahn floss – mit dem Auftrag, sie von Krebs zu heilen. Mit diesen Patienten, die sich erinnern konnten, habe Rezai dann auch Gespräche geführt.

Es heisst aus der Praxis von Rezai auch, dass die Staatsanwaltschaft seine Praxis am 29. November, dem Tag der Festnahme von Peter S., kontaktiert habe. Es sei eine Liste von fünf Mitteln genannt worden, die unter dem Verdacht standen, gepanscht zu sein. Das Zentrum von Rezai habe die Patienten, die mit diesen Mitteln behandelt wurden, aber nicht aus eigenem Antrieb heraus informiert. Nur wer gefragt hat, bekam eine Antwort. Der Grund für diese zurückhaltende Information sei gewesen, die betroffenen Frauen nicht unnötig aufzuregen.

Viele wissen also gar nicht, dass sie betroffen sind.

Wir haben Rezai mehrmals telefonisch und per Email zu dem Sachverhalt befragt, aber er hat nicht reagiert.

Die zweite Praxis in Düsseldorf, deren Patienten Infusionen aus Bottrop bekamen, ist die Urologie am Malkasten. Dort haben mindestens 33 Patienten möglicherweise gepanschte Medikamente erhalten, wegen derer Peter S. heute in Untersuchungshaft sitzt. Als wir nachfragten, ob die Urologie die 33 betroffenen Personen bereits darüber informiert hat, blockte eine Vertreterin die Anfrage ab. Die Praxis wolle auf eine „solche Anfrage nicht reagieren“, schrieb sie und bat darum, sie in dieser Angelegenheit nicht mehr „zu kontaktieren“.

Wir von CORRECTIV haben lange überlegt, ob wir Informationen über Ärzte veröffentlichen sollen, die gepanschte Arzneien aus der Alten Apotheke bekommen haben. Am Ende haben wir uns dafür entschieden.

Nach unseren Recherchen sind viele Patienten oder Angehörige von Verstorbenen der beiden Düsseldorfer Praxen nicht aktiv informiert worden. Bei Zebra, einer Beratungsstelle für Brustkrebspatientinnen, haben die Mitarbeiterinnen nichts davon gehört, dass Praxen aus Düsseldorf Krebsmedikamente aus Bottrop bezogen hätten. Das sagt die Leiterin von Zebra, die Ärztin Ingrid Resch.

Sie müsste es wissen. Ihre Organisation ist eine Erstanlaufstelle für Frauen mit Brustkrebs. Nach eigenen Angaben suchen jährlich rund tausend Frauen das Beratungsangebot von Zebra auf. In der Beratungsstelle treffen sich auch Selbsthilfegruppen. Die meisten Patientinnen, die hier beraten werden, kommen aus NRW, vor allem aus Düsseldorf.

Wir arbeiten seit sechs Wochen in unserer mobilen Lokalredaktion in Bottrop. Da es keine offizielle Anlaufstelle für Betroffene gibt, kommen viele zu uns. Daher wissen wir, welche psychische Tortur die Ungewissheit für viele Menschen bedeutet. Alte Wunden, die der eigene Krebs oder der Verlust eines geliebten Menschen verursacht haben, reißen wieder auf.

Auf der anderen Seite wollen wir die Betroffenen nicht in Zweifel und Unsicherheit bringen. Eigentlich wäre es Aufgabe der Ärzte und der Behörden, die Menschen zu informieren und ihnen Hilfe anzubieten. Sie müssen jedem erklären, was diese Information für ihn individuell bedeutet. Was er medizinisch oder rechtlich tun

kann. Ob vielleicht ein neuer Behandlungsversuch möglich ist für Patienten, die als therapieresistent galten, weil gepanschte Medikamente keine Heilung brachten.

Aber genau diese aktive Information passiert nicht. Im Gegenteil. Nachdem wir die Dimension des Skandals gemeinsam mit dem ARD-Magazin Panorama enthüllt haben, versprach NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU): „Wir werden uns jetzt sofort darum kümmern, dass wir an die Adressen dieser Menschen kommen und dann werden wir sie selbstverständlich informieren.“ Dann schob Laumann die Verantwortung direkt weiter. „Wenn wir die Behörden, die Ärzte und Krankenhäuser, die die Medikamente verabreichten, informiert haben, dann ist es auch deren Aufgabe, ihre Patientinnen und Patienten zu informieren. Ich finde, das ist für einen Behandler schlicht die Pflicht, dieses zu tun.“

Laumann hat also versprochen, die Informationen zu den betroffenen Patienten zu besorgen und an die Ärzte weiterzuleiten. Diese sollten dann ihre Patienten informieren. Doch das ist bisher nicht ausreichend geschehen. Und Laumann kann den Ärzten nicht vorschreiben, was sie ihren Patienten zu sagen haben.

Ein betroffener Arzt sagt, dass es kaum möglich sei, über den Krankheitsverlauf darauf zu schließen, ob ein Patient seine Wirkstoffe in der richtigen Dosierung erhalten habe. Das liege an der „Schicksalhaftigkeit der Krebserkrankung“. Jeder Krebs verlaufe schließlich anders. Auch er hat die Medikamente aus der Alten Apotheke bezogen und auch er hat seine Patienten nicht von sich selbst heraus informiert. Nach Informationen von CORRECTIV bekamen zwischen 2009 und 2016 über 150 seiner Patienten Medikamente von Peter S. Der Arzt könne aber bis heute nicht mit Gewissheit sagen, ob die Medikamente im konkreten Fall gepanscht gewesen seien oder nicht. 50 Patienten haben von sich aus bei ihm nachgefragt, weil sie den Namen der Alten Apotheke auf ihren Rechnungen der Krankenkasse gefunden hatte. Mit diesen Patienten habe er auch Gespräche geführt. Mit den anderen nicht.

Ein Bottroper Arzt erklärte CORRECTIV, warum so viele Ärzte schweigen: Er allein könne in seiner Praxis gar nicht die notwendigen Gespräche mit allen Patienten führen. Es seien zu viele. Deswegen informiere er nicht von sich aus, sondern lade nur die Patienten zu einem Gespräch, die selbst auf ihn zukommen. Auch dieser Arzt will anonym bleiben.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Während unserer Arbeit in Bottrop haben wir keinen einzigen Betroffenen oder Angehörigen kennengelernt, der aktiv von seinem Arzt informiert wurde. Die meisten Ärzte informieren nur, wenn der betroffene Patient von sich aus fragt, ob er Krebsmedikamente aus der Alten Apotheke bezogen hat. Etliche Angehörige von verstorbenen Krebspatienten müssen geradezu Ärzte betteln, um verlässliche Informationen und Krankenakten zu den Behandlungen ihrer Lieben zu bekommen.

In Bottrop ging der Skandal um Peter S. durch alle Medien, er ist Stadtgespräch. Hier wissen die Leute an wen sie sich wenden müssen.

In einer Stadt wie Düsseldorf, in einem Gebäude wie dem Medical Center, kommt niemand von alleine darauf, dass er selbst – oder der verstorbene Partner, die Mutter, der Vater – betroffen sein könnte. Wer nicht in Bottrop wohnt, hätte nach längst abgehefteten Abrechnungen suchen müssen, um sich Gewissheit zu verschaffen. Dass man darauf als Düsseldorfer Patient nicht kommt, ist verständlich.

Deshalb veröffentlichen wir hier erst einmal auch nur die Namen der Düsseldorfer Ärzte. Weil es dort für die Patienten unvorstellbar ist, dass ihre Medikamente aus Bottrop hätten kommen können.

Lediglich einen Arzt haben wir gefunden, der sagt, er habe seine Patienten von sich vollständig aus informiert. Roman Verfürth aus Rheinland-Pfalz hatte fünf Patienten, die Medikamente aus der Alten Apotheke bekommen hatten. Zwei davon seien mittlerweile verstorben. Auch deren Angehörigen habe er von sich aus informiert. Das ist vorbildlich.

Verantwortung für den Fall will derzeit kaum jemand übernehmen. Es ist leicht, Peter S. zum Monster zu erklären, gegen das alle machtlos waren. Tatsächlich aber haben auch die Kontrollen massiv versagt.

Die Behörden verstecken sich nun hintereinander und tun zu wenig für eine umfassende Aufklärung. Dabei müssten die Patienten und die Angehörigen der bereits verstorbenen Patienten zumindest die Chance erhalten, sich juristisch zur Wehr zu setzen. Wenn es auch medizinisch keine Möglichkeiten mehr gibt, etwas zu ändern.

Der frühere Richter am Bundesverwaltungsgericht, Dieter Deiseroth, sagt: „Die mangelhaften Kontrollen der Behörden haben dazu beigetragen, dass der Skandal

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

entstehen konnte. Durch die mangelhafte Informationspolitik der Behörden werden nun die Patienten ein zweites Mal in ihrem Recht verletzt: in ihrem Recht, sich zu wehren und mögliche Ersatzansprüche geltend machen zu können.”

Nach Ansicht des bereits genannten Bottroper Arztes müsste eine Informationsstelle des Landes eingerichtet werden. Nur die Behörden können die notwendigen Kapazitäten bereitstellen, alle möglicherweise betroffenen Menschen im ganzen Land zu informieren. Von 2012 bis 2016 haben über 3700 Menschen Krebstherapien aus der Alten Apotheke erhalten.

Wir haben das Gesundheitsministerium in NRW gefragt, ob das Land eine Anlaufstelle für die rund tausend Betroffenen in Düsseldorf einrichten würde. Der Sprecher des Ministeriums sagte nein. Er verwies lediglich auf die Hotline, die das Gesundheitsamt in Bottrop eingerichtet hat. Man wolle keine Doppelstrukturen schaffen, sagte er.

Diese Hotline hatte die Stadt Bottrop im Dezember vergangenen Jahres eingerichtet. Zunächst wurde hier sieben Monate lang eine Falschinformation verbreitet: Es seien nur fünf Wirkstoffe von den Panschereien betroffen. Viele Patienten, die aktiv nachfragten, wurden auf diese Weise fehlerhaft beruhigt. Dabei wusste das Gesundheitsamt der Stadt Bottrop seit mindestens Februar 2017, dass mehr Stoffe betroffen waren.

Tatsächlich wurden mindestens 49 Wirkstoffe gepanscht. Diese Information ergänzte die Stadt Bottrop allerdings erst nach der Berichterstattung von CORRECTIV im Sommer auf ihrer Internetseite. Die Stadt Bottrop selbst hatte sich zuvor monatelang nicht eigenständig um diese aktualisierte Liste bemüht.

Die Düsseldorfer Patienten, ob sie nun betroffen oder nur verunsichert sind, sollen also in Bottrop anrufen, um sich Rat und Gewissheit zu holen.

Nach dem Willen von NRW-Gesundheitsminister Laumann soll die Ruhrgebietskommune Bottrop also einen der größten Medizinskandale in der Bundesrepublik alleine bewältigen.

Dass das nicht funktioniert, erleben wir derzeit.

Warum lieferte der Bottroper Apotheker Peter S. Krebsmedikamente nach Düsseldorf?

Ein Arzt aus Düsseldorf lässt sich von einem Apotheker aus Bottrop mit Krebsmedikamenten beliefern. Obwohl auch Apotheker aus der näheren Umgebung zur Verfügung stehen würden. Warum?

Von Marcus Bensmann, Correctiv, 14.09.2017

Dem Apotheker Peter S. wird vorgeworfen, systematisch Krebsmedikamente gepanscht zu haben. Er sitzt in Untersuchungshaft. Seine Lieferungen gingen auch nach Düsseldorf an das Europäische Brustzentrum, das Mahdi Rezai leitet.

Mahdi Rezai ist ein international anerkannter Arzt für die Behandlung von Brustkrebs. Er hat seine Praxis im Medical Center in Düsseldorf. Warum ließ er sich aus Bottrop von dem Apotheker Peter S. beliefern, und nicht aus einer Apotheke in der näheren Umgebung? CORRECTIV hat Rezai zu den Gründen befragt, aber bis Redaktionsschluss keine Antwort erhalten.

Es gibt allerdings eine Vorgeschichte.

Die Düsseldorfer Albert Schweitzer Apotheke von Gregor Müller lieferte bis Anfang 2010 die Krebsmedikamente für Rezais Patientinnen. Aber dann machte Rezai Pläne: In Düsseldorf sollte ein Medical Center eröffnet werden. Rezai wollte dort auch seine Praxis, das Europäische Brustzentrum, unterbringen. Und die Apotheke von Müller, die das Brustzentrum mit den teuren Krebsmedikamenten belieferte, sollte ebenfalls dort einziehen.

Die Betreibergesellschaft und Rezai fragten den Apotheker Müller, ob er in dem Zentrum eine Filialapotheke errichten wolle. Müller war zunächst unentschlossen.

Nach Angaben der Stadt teilte er am 24. August 2009 dem Amtsapotheker die „Absicht“ mit, „im Laufe des Jahres 2010 im Medical Center Düsseldorf eine Filialapotheke eröffnen zu wollen“. Und nur eine Woche später machte er einen Rückzieher. Er meldete dem Amtsapotheker, die Planungen dazu seien „eingestellt“. Das sagte er auch Rezai und dem Betreiber des Medical Centers.

Müller sagt heute gegenüber CORRECTIV, „das unternehmerische Risiko“ sei damals zu hoch gewesen. Denn das Medical Center liegt abseits der belebten Strassen – es gibt kaum Laufkundschaft. Das Gebäude steht in einem Gewerbegebiet im Düsseldorfer Norden.

Wenige Monate später, im Januar 2010, bekam Müller aus der Praxis des Chirurgen Rezai eine Nachricht – quasi eine Abfuhr. Rezai würde im nächsten Jahr die Infusionen mit Krebsmedikamenten aus Bottrop beziehen. Müller war überrascht. Es hatte bis dahin keine Klagen wegen der „Qualität seiner Lieferungen“ gegeben.

Die Räume in dem Medical Center in Düsseldorf blieben jedoch nicht leer. Dort zog die Grand Arc Apotheke ein. Sie ist eine Filialapotheke der Alten Apotheke in Bottrop. Für Peter S. war es anscheinend nicht so wichtig, dass die Laufkundschaft fehlte.

Weil die Grand Arc Apotheke eine Tochterfirma ist, war der Bottroper Amtsapotheker für die Betriebserlaubnis zuständig. Er teilte dem Düsseldorfer Amtsapotheker am 24. Oktober 2011 mit, dass die Betriebserlaubnis für beide Apotheken erteilt sei.

Wir haben Rezai zu den Vorgängen des Apothekerwechsels und den Verhandlungen über die Miete mehrmals per Email und telefonisch befragt. Er hat auf die Anfragen nicht reagiert. Auch der Anwalt von Peter S. hat Fragen zu den Mietverhandlungen zur Grand Arc Apotheke nicht beantwortet.

In der Grand Arc Apotheke seien die Krebsmedikamente nicht angemischt worden, sagt ein Sprecher der Betreibergesellschaft des Medical Centers, Bernhard Haubold, gegenüber CORRECTIV. Das war auch nicht nötig. Denn das geschah in Bottrop, die Infusionen mit den Krebsmedikamenten wurden mit den Autos der Alten Apotheke nach Düsseldorf gefahren.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Die Betreibergesellschaft des Medical Centers „habe keinen Einblick, geschweige denn Einfluss, welcher Mieter von welchen Lieferanten beliefert wird“, sagt Haubold. Da die Geschäftsführung des Medical Centers gewechselt habe, könne kaum etwas zu „Vermietungsverhandlungen in 2008 und 2009“ gesagt werden.

Der Brustkrebs-Spezialist Rezai und seine Frau organisieren die Düsseldorfer Brustkrebs-Konferenz. Rezai ist auf der Konferenz Kongresspräsident, seine Frau Indriani Rezai war wiederum bis Januar 2017 Geschäftsführerin der Firma, die den Kongress organisiert: die EOAS. Auch diese Firma sitzt im Medical Center. Frau Rezai sei immer noch Teilhaberin von EOAS, sagt die heutige Geschäftsführin Karin Goltz.

Im Programm für die 11. Brustkrebs-Konferenz aus dem Jahr 2016 wird die Grand Arc Apotheke von Peter S. als Platinsponsor der Konferenz aufgeführt. Auch im Programm der 10. Brustkrebs-Konferenz von 2014 wird die Grand Art Apotheke als Platinsponsor aufgeführt. Nach dem Programm von 2014 muss ein Platinsponsor über 15.000 Euro spenden.

CORRECTIV hat die Anwälte von Peters S. zu dem Sponsoring befragt, aber keine Antwort erhalten.

Auch das Ehepaar Rezai hat CORRECTIV zu dem Sponsoring befragt. Wir haben sie mehrmals angerufen, aber bis Redaktionsschluss keine Antwort erhalten. Die heutige Geschäftsführerin von EOAS verweist auf Frau Rezai. CORRECTIV hat den Anwalt von Peter S. zu dem Sponsoring des Kongresses befragt, aber keine Antwort erhalten.

Peter S. zog also mit einer Filialapotheker in das Medical Center, wo Rezai das Europäische Brustzentrum leitete. Und er sponserte den Kongress, der von Rezai und seiner Frau organisiert wurde. Rezais früherer Apotheker hatte den Kongress nie finanziell unterstützt. Heute beliefert er Rezai trotzdem wieder, denn Peter S. ist verhaftet, sein Labor ist geschlossen. Die Mutter von Peter S. leitet nun die Grand Arc Apotheke.

Herr Gesundheitsminister Laumann, übernehmen Sie: Nur eine Studie kann den Opfern des Pansch-Apothekers gerecht werden

Es gibt einen Weg, nachzuweisen, ob Peter S. aus Bottrop Patienten geschädigt hat. Doch dafür müsste der Gesundheitsminister aus NRW jetzt aufstehen und reagieren. Es braucht eine Fall-Kontroll-Studie. Ein Appell.

Von Marcus Bensmann, Correctiv, 15.09.2017

Das Gesundheitsministerium NRW muss endlich auf den Fall der Alten Apotheke reagieren und eine Studie anordnen. Es ist zehn Monate her, dass Peter S. verhaftet wurde. Zehn Monate, in denen die Patienten weiter im Ungewissen darüber bleiben, was Peter S. ihnen angetan hat: allein 1000 Patienten in Düsseldorf, insgesamt mindestens 3700 Menschen.

Die Menschen, die Peter S. geschädigt hat, indem er in seiner Apotheke Krebsmedikamente panschte, brauchen Gewissheit und Antworten auf ihre Fragen: Hatte die Panscherei Einfluss auf ihre Krankheit? Hat Peter S. ihren Angehörigen Lebenszeit genommen?

Diese Gewissheit kann ihnen eine Studie wie zum Beispiel die Fall-Kontroll-Studie bringen. Das haben uns verschiedene Ärzte gesagt. Dabei würde man die Krankheitsverläufe aller Patienten, die aus der Alten Apotheke in Bottrop beliefert wurden, mit einer gleich großen Gruppe von Menschen vergleichen, die ein gleiches Krankheitsbild, Alter und Medikation vorweisen und nicht aus der Alten Apotheke beliefert wurden.

Das wäre zum Beispiel mit einer häufigen Krebsform wie Brustkrebs gut möglich. Man legt dafür quasi zwei Stapel mit Behandlungsunterlagen nebeneinander: Auf dem einen Stapel 1000 Brustkrebs-Patientinnen, die mit Medikamenten von Peter S. behandelt wurden. Auf dem anderen Stapel 1000 Brustkrebs-Patientinnen, die Medikamente aus einer anderen Apotheke bekamen. Dann vergleicht man.

In einer solchen Betrachtung lässt sich nachweisen, ob Patienten, die von Peter S. Krebsmedikamente bekamen, geringere Heilungschancen hatten.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt vor allem wegen des Betrugs an den Krankenkassen. Es ist nicht ihre Aufgabe, jeden Einzelfall zu prüfen. Der Einzelfall hilft sowieso nicht weiter, denn Krebs verläuft sehr individuell. Wir wissen nicht, welche Infusionen Peter S. gestreckt hat und welche nicht. Es scheint kein System gegeben zu haben. Wir wissen aber, dass Peter S. bis zu 70 Prozent weniger Wirkstoff in über 60.000 Infusionen getan hat.

Seit November 2016 wissen wir, dass es sich um einen der größten Medizinskandale in Deutschland handelt. Seit November 2016 tut die Politik nichts dafür, den betroffenen Menschen zu helfen – die einzige Anlaufstelle ist die Info-Hotline des Gesundheitsamts Bottrop. Und dort wurden über Monate hinweg falsche Informationen verbreitet.

Der Fall von Peter S. war nicht nur wegen der Gier eines Einzelnen möglich. Ein System hat versagt: Das System der Apotheken-Kontrolle. Seitdem S. aufgefliegen ist, sehen wir dabei zu, wie weiteres Versagen dazu führt, dass die Geschädigten alleine dastehen.

Wo Systeme versagen, muss derjenige eingreifen, der sie überwacht: Das Land NRW muss endlich handeln und eine Fall-Kontrollstudie in Auftrag geben. Damit Wissenschaftler unabhängig prüfen, welche Schäden der Apotheker Peter S. angerichtet hat.

Allerdings gibt es noch zwei Hürden:

Die Patienten und die Angehörigen der Verstorbenen müssen dieser Studie zustimmen. Das können sie aber nur, wenn sie wissen, dass sie betroffen sind. Also

müssen alle Patienten endlich darüber informiert werden, dass sie Infusionen aus der Alten Apotheke bekommen haben.

So eine Studie kostet Geld. Und hier liegt die Verantwortung im Gesundheitsministerium von NRW.

Wir fordern Herrn Minister Laumann auf, die Verantwortung nicht weiter zu verschieben. Wir raten ihm, Geld in die Hand zu nehmen und eine Studie wie zum Beispiel die Fall-Kontroll-Studie in Auftrag zu geben.

Nur dann erhalten die Opfer von Peter S. Gewissheit und Gerechtigkeit. Es kann sogar sein, dass das Ergebnis einer solchen Studie denen hilft, die zivilrechtlich gegen Peter S. klagen. So könnte man die Geschädigten zusätzlich unterstützen. Und wenn dabei herauskommt, dass Panscherei absolut keinen Einfluss auf die Krankheitsverläufe von tausenden Patienten hatte – dann sollten die Pharmafirmen sich in der Pflicht fühlen, sich zu rechtfertigen.

Ärzte fordern unabhängige Studie zum Pansch-Skandal, Land NRW blockt ab

Eine Studie könnte den Patienten der Alten Apotheke Gewissheit bringen. Auch die Ärzte sind dafür, den Skandal so aufzuarbeiten. Sogar das Düsseldorfer Gesundheitsamt findet die Idee gut. Aber das Gesundheitsministerium NRW blockiert.

Von Marcus Bensmann, Correctiv, 18.09.2017

Sechs Ärzte, die von dem Bottroper Pansch-Apotheker Peter S. Krebsmedikamente bekommen haben, sprechen sich offen für eine unabhängige Studie aus. Darunter Ärzte aus Bottrop und ein Arzt aus Rheinland-Pfalz. Laut Staatsanwaltschaft lieferte Peter S. an 37 Praxen.

Eine Studie könnte belegen, welche gesundheitlichen Folgen der Medikamenten-Skandal für die betroffenen Patienten hat. In seiner Bottroper Apotheke panschte Peter S. über Jahre hinweg Krebsinfusionen für tausende Patienten. Die Betroffenen fragen sich heute, was das für ihre Krankheit bedeutet hat.

Doch so eine Studie kostet Geld, wahrscheinlich mehrere hunderttausend Euro. Bezahlen und beauftragen müsste sie das Gesundheitsministerium NRW. Aber das Ministerium unter Karl-Josef Laumann (CDU) ist dagegen. „Anders als suggeriert ist die vorgeschlagene Fall-Kontroll-Studie offenbar nicht dazu geeignet, Patientinnen und Patienten im Einzelfall Gewissheit zu bringen, welcher individuelle Schaden entstanden ist“, sagt ein Sprecher. Auf welche Grundlage das Ministerium zu diesem Ergebnis kommt, sagt er nicht.

Laumann hatte noch im August versprochen, dass er dafür sorgen würde, Patienten zu informieren. Das war neun Monate nach der Festnahme des Apothekers, nachdem NDR Panorama und Correctiv über den Skandal berichtet hatten. Bis heute

sind aber nicht alle Patienten informiert, die meisten haben es aus den Medien erfahren.

Im Gesundheitsamt in Düsseldorf befürwortet man die Studie. Das Düsseldorfer Gesundheitsamt sei der Auffassung, dass „nur über Studien eine Aussage getroffen werden kann, ob Patienten ein schlechteres Ergebnis hatten“, sagte ein Sprecher der Stadt.

Aufgrund der Recherchen von Correctiv wurde am 13. September bekannt, dass auch in Düsseldorf zwei Praxen von Peter S. beliefert wurden. Darunter der renommierte Brustkrebs-Spezialist Mahdi Rezaei. Deshalb sind in Düsseldorf knapp 1000 Patienten betroffen.

Es gibt in der Wissenschaft verschiedene Möglichkeiten, eine Studie durchzuführen. Darauf weist das Gesundheitsamt Düsseldorf hin. Ein Sprecher der Stadt nennt die „Fall-Kontroll-Studie“ und die „Kohorten-Studie“. Der Sprecher der Stadt sagt, „im Nachhinein kann man aber nicht feststellen, wer eine korrekte Therapie bekommen hat und wer nicht“, aber eine Studie dieser Art könnte belegen, „ob die Gesamtheit aller Patienten, die mit Zytostatikazubereitungen aus der Alten Apotheke behandelt worden sind, im Therapieverlauf schlechter abschneiden als Patienten, die von einer anderen Apotheke versorgt worden sind.“

Und die Beantwortung dieser Frage wäre ein zentraler Schritt für die Aufklärung des Pansch-Skandals.

Im Prinzip geht es immer darum: Man vergleicht zwei Gruppen von Personen. Eine Gruppe mit und eine ähnliche Gruppe ohne Risikofaktor. Der Risikofaktor wäre in diesem Fall Peter S. – man würde also ermitteln, ob es Patienten, die dem Risikofaktor ausgesetzt waren, signifikant schlechter ging als Patienten, die nicht von Peter S. Medikamente bekamen.

Man legt quasi zwei Stapel mit Behandlungsunterlagen nebeneinander. Auf dem einen Stapel liegen Unterlagen von Patienten, die mit Medikamenten von Peter S. behandelt wurden. Auf dem anderen Stapel Unterlagen von Patienten, die ordnungsgemäße Medikamente bekamen. Dann vergleicht man.

So lässt sich erkennen, ob Patienten, die von Peter S. Krebsmedikamente bekamen, geringere Heilungschancen hatten.

Besonders wichtig ist die Unterstützung der Bottroper Onkologen Dirk Pott, Christian Tirier, Birgit Pott und Carla Henning. Sie behandelten nach unseren Recherchen von 2009 bis Juni 2016 über 2100 Patienten mit Krebsmedikamenten aus der Alten Apotheke. Die vier Ärzte haben Gemeinschaftspraxen in Bottrop und Dorsten.

„Die Durchführung einer unabhängigen Kontrollstudie würden wir selbstverständlich unterstützen“, sagen sie auf Anfrage von CORRECTIV.

Auch der Chefarzt des Marienhospitals in Bottrop, Hans-Christian Kolberg, befürwortet eine unabhängige Studie. Bei Kolberg bekamen in den letzten acht Jahren 22 Patienten Infusionen aus der Alten Apotheke. Er sagt, dass er die Krankheitsverläufe der Patienten geprüft habe, aber keine „Auffälligkeiten bezüglich zu erwartendem Ansprechen oder Toxizitäten“ festgestellt habe.

Kolberg rät seinen Patienten dazu, ihre Behandlungsunterlagen für eine Studie freizugeben. Denn die betroffenen Patienten müssen zustimmen, damit ihre Krankheitsverläufe für eine Kontroll-Studie verwendet werden können.

Der Urologe Roman Verführt aus Rheinland-Pfalz hatte seit 2015 für nur fünf Patienten Infusionen aus der Alten Apotheke bezogen. Auch er unterstützt die Idee einer unabhängigen Studie. Als er von dem Pansch-Skandal erfuhr, informierte er seine Patienten oder ihre Angehörigen. Damit ist er bisher der einzige Arzt, der seine Patienten proaktiv informiert hat. „Ich habe zu dem damaligen Zeitpunkt keine Auffälligkeiten feststellen können“, sagt er. Am jeweiligen Einzelfall ließe sich eben nichts festmachen.

Dem Apotheker Peter S. wird vorgeworfen, bis zu seiner Verhaftung im November 2016 über 60.000 Infusionen mit Krebsmedikamenten gepanscht zu haben. Über 5600 Patienten haben seit 2009 aus der Alten Apotheke Infusionen bekommen.

Das geht aus Akten hervor, die auch der Staatsanwaltschaft vorliegen.

Keine Aufzeichnungen bitte! – Oder wie sich die Politik in Sachen Alte Apotheke wegduckt

Seit Wochen bemühen wir uns, verantwortliche Politiker aus Stadt und Land in unsere mobile Lokalredaktion nach Bottrop einzuladen, um mit ihnen und mit Betroffenen öffentlich vor Ort über den Skandal der Alten Apotheke zu reden. Es geht nicht um Schuldzuweisungen. Sondern darum, was besser werden muss. Doch sowohl Gesundheitsministerium als auch Stadt weichen aus.

Von Bastian Schlange, Correctiv, 21.09.2017

Seit Wochen versuchen wir, Vertreter der Stadt Bottrop oder des Gesundheitsministeriums NRW für einen Gesprächs- und Infoabend einzuladen. Doch die Politiker wollen nicht. Stattdessen setzen sie auf kleine Runden mit Betroffenen, die vertraulich tagen. So können sie frei reden, ohne nachher für ihre Worte haftbar gemacht zu werden.

Wir hätten am liebsten den Bottroper Oberbürgermeister Bernd Tischler bei uns im Bottroper Büro begrüßt. Das hat leider nicht geklappt, beziehungsweise wurde vom Sprecher der Stadt, Andreas Pläsken, schlichtweg ignoriert.

Auch ein angedachtes Treffen mit dem Leiter des Bottroper Gesundheitsamtes wird nicht stattfinden, weil die Stadt eine Veranstaltung mit ihm an absurde und für uns nicht annehmbare Forderungen knüpfte.

Selbst das NRW-Gesundheitsministerium geht auf Tauchstation. Ein Sprecher teilt schlicht mit, dass weder Minister Karl-Josef Laumann (CDU) noch andere Vertreter des Hauses für ein offenes Gespräch in Bottrop zur Verfügung stünden. Sprich: Düsseldorf duckt sich weg.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Wir geben hier einen kurzen Einblick in den Mailaustausch mit der Stadt Bottrop und dem Gesundheitsministerium. Unserer Ansicht nach ist der Schriftverkehr bezeichnend für den Umgang der Politik mit diesem Medikamentenskandal. Peter S., der Alte Apotheker aus Bottrop, hatte zehntausende Krebsmittel gepanscht.

Unserer Ansicht nach kümmert sich die Politik nicht mit aller Konsequenz um die Aufarbeitung des Falls der Alten Apotheke, sondern macht lediglich kleine Alibi-Eingeständnisse, die nach Handeln aussehen aber keine Verbindlichkeiten zu lassen.

Fangen wir mit unseren Versuchen an, einen Vertreter der Stadt Bottrop für ein offenes Gespräch zu gewinnen. Am 25. August schrieben wir an den Bottroper Oberbürgermeister Tischler:

„Jeden Tag betreten hier Menschen unser Büro und erzählen uns ihre Geschichten, teils erschütternde Schicksale. In diesen persönlichen Gesprächen ist sehr deutlich geworden, dass das Grundvertrauen in die Ärzte, Apotheker aber auch die Behörden massiv erschüttert ist. Der Fall der „Alten Apotheke“ stellt eine tiefe Wunde im öffentlichen Leben und in den einzelnen Lebensgeschichten vieler Bottroper dar. Die Menschen sind verunsichert und fühlen sich allein gelassen. Aus meiner Sicht wäre es ein mehr als positives Signal, Sie hier für einen Gesprächsabend begrüßen zu dürfen.“

In einer Antwortmail vom 12. September bietet Stadtsprecher Andreas Pläskén einen Termin mit dem Gesundheitsamtsleiter Dr. Christian Marga und dem stellvertretenden Leiter des städtischen Rechtsamtes Jan-Philipp Kruppa an. Oberbürgermeister Tischler erwähnt Pläskén mit keinem Wort – dabei hatten wir diesen eingeladen und angesprochen. Außerdem knüpft Pläskén den Termin an eine Auflage. Er schreibt:

„CORRECTIV formuliert ja mit Entschiedenheit, dass es um die Information der Betroffenen geht. Dies sehen wir exakt auch so und deshalb haben wir als Bedingung, dass während der Veranstaltung keine Bild- und Tonaufzeichnungen oder -übertragungen gemacht werden.“

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Er will also, dass niemand öffentlich nachvollziehen kann, was die städtischen Mitarbeiter sagen. Es soll offenbar eine Art Geheimgespräch werden. Wir antworten noch am selben Tag:

„Wie Sie selbst schreiben, geht es um die Information von Betroffenen. Betroffen sind im Fall der Alten Apotheke nicht dreißig, nicht vierzig oder hundert Menschen. Die Zahlen gehen in die tausende. Vielen wird es zeitlich oder aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich sein, die Veranstaltung zu besuchen. Wir stehen für gemeinnützigen Journalismus. Dazu gehört es, Öffentlichkeit zu schaffen. Eine derartige Veranstaltung nicht öffentlich zu dokumentieren, würde ihrem Grundgedanken widersprechen - nämlich möglichst viele Menschen zu informieren und ihnen zu helfen.“

Wegen Oberbürgermeister Tischler haken wir nach:

„Etwas irritiert bin ich allerdings, dass sie Herrn Tischler nicht erwähnt haben. Möchte er sich nicht öffentlich zu dem Fall äußern? Ich hätte es, wie bereits in der Anfrage geschrieben, als sehr positives Signal empfunden, sich für Aufklärung und auch für Konsequenzen aus dem Fall der Alten Apotheke einzusetzen. Und eben auch die Sorgen und Ängsten der vielen Betroffenen ernst zu nehmen. Ich denke, diesem Signal würde sicherlich mit großem Respekt begegnet werden.“

Nach drei Tagen und mehreren Nachfragen reagiert Pläsken. Oberbürgermeister Tischler erwähnt er wieder nicht.

„Wir haben es uns mit der Antwort nicht leicht gemacht, weshalb Sie jetzt etwas warten mussten: Wir müssen auf unserer Bedingung, dass keine Bild- oder Tonaufzeichnungen beim Gespräch mit den beiden städtischen Mitarbeitern gemacht werden dürfen, bestehen! Entsprechend können wir auch einer zeitversetzten Veröffentlichung nicht zustimmen. Wenn Sie dieser Vorgabe nicht nachkommen wollen, werden Dr. Marga und Herr Kruppa nicht zum Treffen kommen können!“

Kurz zuvor hatte es ein Treffen des Oberbürgermeisters Tischler mit einer Gruppe Betroffener hinter verschlossenen Türen gegeben. Die Wirkung der Gespräche soll klein gehalten werden.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Wir können auf diese Bedingungen nicht eingehen. Wir sind recherchierende Journalisten. Wir kommen Vorgaben der Behörden nicht nach, wenn es um unsere Arbeit geht. Wir dokumentieren Aussagen von Ämtern und überprüfen diese auf ihren Wahrheitsgehalt. Das ist unser Job. Aus diesem Grund verzichten wir auf das Treffen mit den Stadtvertretern. Wir hoffen, unsere Leser haben dafür Verständnis.

Noch schneller machte sich das Gesundheitsministerium NRW aus dem Staub.

Auf unsere Bitte um einen Gesprächsabend mit Gesundheitsminister Laumann oder später mit einem anderen Vertreter des Gesundheitsamtes bekamen wir zwei Mal dieselbe Satzstanz als Antwort:

„Leider muss ich Ihnen mitteilen, dass es Herrn Minister Laumann nicht möglich sein wird, an der von Ihnen angedachten Veranstaltung teilzunehmen.“ Dieser Satz ist aus einer Antwortmail des Gesundheitsministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen vom 17. August 2017

Am 22. August 2017 schrieb das Gesundheitsministerium: „Leider muss ich Ihnen mitteilen, dass es auch keinem anderen Vertreter des Ministeriums möglich sein wird, an der von Ihnen geplanten Veranstaltung teilzunehmen.“

Es wird also kein öffentliches Gespräch mit politischen Verantwortlichen bei uns geben.

Stattdessen wird sich morgen NRW-Gesundheitsminister Laumann mit einem Dutzend betroffener Menschen treffen. An einem Freitagmorgen um 8:30 Uhr. Keine Journalisten, keine verbindliche Dokumentation. Verschlossene Türen.

Es ist erschütternd, dass Vertreter der Politik – egal auf welcher Ebene – immer noch nicht begreifen wollen, dass sie sich öffentlich erklären und dann auch handeln müssen, um den Schaden, den Peter S. angerichtet hat, zumindest teilweise zu beheben.

Aber wir müssen auch nach vorne sehen. Es ist viel in Bewegung. Der öffentliche Druck nimmt zu – auch durch die nicht öffentlichen Gespräche von Betroffenen mit Oberbürgermeister Tischler oder mit Gesundheitsminister Laumann.

Die Politik wird langfristig handeln – und die Kontrollen von Apothekern und die Strukturen der Krebsmedizin drastisch verbessern müssen. Und das ist gut.

Die Bretter, die wir bohren müssen, sind dick. Wir bleiben dran.

Die Alte Apotheke – Hier unsere Forderungen

Unser Experiment einer Mobilen Lokalredaktion zum Fall der gepanschten Krebsmedizin in der „Alten Apotheke“ in Bottrop endet heute. Wir haben viel gelernt und daraus fünf Forderungen entwickelt. Ein Kommentar

Von David Schraven, Correctiv, 26.09.2017

Nur damit wir uns richtig verstehen. Das wir unsere Mobile Lokalredaktion in Bottrop schließen, bedeutet nicht, dass wir uns vom Thema der gepanschten Krebsmittel abwenden. Nein. Wir bleiben dran. Aber: Wir werden nun von unserem Büro in Essen aus weiter arbeiten.

Ich möchte an dieser Stelle ein kleines Zwischenfazit ziehen.

Es war eine sehr wichtige Zeit für uns in Bottrop.

Wir sind den vielen Menschen zu großem Dank verpflichtet, die in unsere Redaktion gekommen sind. Sie haben uns vertrauensvoll ihre Geschichten erzählt, haben uns geholfen, aufzuklären, haben uns an ihrem Leben teilhaben lassen. Diese intensive Erfahrung hat uns alle sehr berührt.

Wir haben vieles gelernt in unserer Recherche. Und immer deutlicher kristallisieren sich nun auf Basis unserer Arbeit fünf Forderungen heraus.

Forderungen, die wir als Journalisten nicht durchsetzen – aber formulieren können.

1. Forderung: Vollständige Information

Immer noch wissen Menschen nicht Bescheid, dass sie vermutlich gepanschte Krebsmedikamente aus der Alten Apotheke bekommen haben. Die Folgen sind unerträglich in unseren Augen. Diesen Menschen wird die Chance genommen, sich

juristisch zu wehren; ihnen wir die Chance genommen, sie erneut mit einem Arzt zu beraten. Sie werden dumm gehalten.

Jeder betroffene Mensch hat ein Recht auf die Information, ob er gepanschte Medikamente bekommen hat – und er muss sie bekommen. Wie er mit dem Wissen umgeht, ist seine eigene Entscheidung. Es liegt aber niemals im Ermessen einer Behörde, diese Information vorzuenthalten. Der frühere Richter am Bundesverwaltungsgericht, Dieter Deiseroth, hat dazu gesagt: „Die mangelhaften Kontrollen der Behörden haben dazu beigetragen, dass der Skandal entstehen konnte. Durch die mangelhafte Informationspolitik der Behörden werden nun die Patienten ein zweites Mal in ihrem Recht verletzt: in ihrem Recht, sich zu wehren und mögliche Ersatzansprüche geltend machen zu können.“ Alle betroffenen Patienten müssen aktiv von den Behörden informiert werden.

2. Forderung: Aufklärung

Immer noch kennen wir nur in Ansätzen das wahre Ausmaß des Skandals. Auch das Behördenversagen vor und nach dem Ausbruch des Skandals ist nur in groben Zügen bekannt.

Wir wissen nicht, wie viele Menschen aufgrund der gepanschten Mitten verstorben sind.

Wir wissen nicht, wo genau die Kontrollen versagten und welche gesetzlichen Regeln nicht ausreichend sind.

Wir wissen nicht, wie es zu den Fehlentscheidungen nach Ausbruch des Skandals kam. Wir sehen nur Chaos und Kompetenzwirrwarr.

Es wird Zeit für eine wissenschaftlich fundierte und kompetente Aufklärung:

Wir fordern eine Fallkontrollstudie: Dabei sollen die Krankheitsverläufe aller Patienten, die aus der Alten Apotheke in Bottrop beliefert wurden, mit einer gleich großen Gruppe von Menschen verglichen werden, die ein gleiches Krankheitsbild, Alter und Medikation vorweisen und nicht aus der Alten Apotheke beliefert wurden.

Wir fordern eine Verwaltungswissenschaftliche Studie über die Strukturen der Krebsarzneiversorgung am Beispiel der Alten Apotheke, um alle Schwachstellen in

den Kontrollinstanzen herauszufinden und das Kompetenzwirrwarr zu entwirren. Dabei ist ein Augenmerk auf die Beziehungen und Abhängigkeiten zwischen Kontrolleuren und Kontrollierten zu legen.

Wir fordern eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Informationspolitik der Patienten nach Auffliegen des Skandals, um Schwachstellen der Informationsversorgung zu identifizieren und für die Zukunft auszubessern. Es darf nie wieder passieren, dass sich Behörden hintereinander verstecken und Informationen vor Patienten zurückhalten, so wie es in Bottrop geschah.

3. Forderung: Verbesserte Kontrollen

Wir fordern unangekündigte Qualitätskontrollen in Apotheken, die Krebsarzneien herstellen. Derzeit kann kein Patient in Deutschland sicher sein, dass er die ausreichende Menge Wirkstoffe mit seiner Krebsmedizin erhält, niemand kann sicher sagen, dass der enthaltene Wirkstoff hochwertig und genau dosiert ist. Das lehrt uns der Fall der Bottroper Alten Apotheke. Dieser Zustand muss umgehend abgestellt werden.

4. Forderung: Schwerpunktstaatsanwaltschaft Gesundheit

Das Medizinstrafrecht ist kompliziert. Es kann nicht sein, dass sich Staatsanwaltschaften, die sich hauptsächlich mit Gewaltkriminalität oder Wirtschaftsstraftaten beschäftigen, immer wieder als Neulinge mit diesem komplexen Rechtsgebiet auseinandersetzen müssen. Stattdessen muss die Kompetenz zur Verfolgung von Gesundheitskriminalität an einer oder mehreren Stellen in NRW konzentriert und gemehrt werden. Geschieht dies nicht, verfällt nach jedem Verfahren wieder das von Staatsanwälten erworbene Wissen im Medizinstrafrecht, während die Anwälte der Täter ihr Wissen ausbauen und zu Spezialisten im Kampf gegen Strafverfolger werden.

5. Forderung: Schadensersatz

Es kann nicht sein, dass der Bottroper Alte Apotheker all das Geld behält, das er mit gepanschten Arzneien verdient hat. Wir fordern deswegen einen Täter-Opfer-Ausgleich, wie er bei anderen Verbrechen auch in materieller Sicht üblich ist. Hier dürfen die Opfer des Alten Apothekers in Bottrop nicht schlechter gestellt werden, als

die Opfer anderer Schwerkrimineller. Diese Forderung bezieht sich nicht nur auf die Opfer, deren Fälle angeklagt wurden – sondern auf alle Menschen, die gepanschte Krebsmittel bekommen haben.

Das Werbemotto der Alten Apotheke in Bottrop hieß: „Weil Gesundheit ein Geschenk ist“.

Das Motto war zynisch. Gesundheit ist kein Geschenk. Sie ist das Recht eines jeden von uns. Unsere Gesundheit hängt nicht vom Wohlwollen oder Hass eines Apothekers an.

Journalismus im Schaufenster

Lokaljournalismus ist immer noch ein Traumberuf. Zumindest in Bottrop. Zwei Monate haben wir hier im Schaufenster gearbeitet. Haben im Schaufenster recherchiert, Interviews geführt, konferiert. Die Tür stand offen. Nur so konnten wir investigativ arbeiten. Wir wollten einen der größten Medizinskandale der Nachkriegszeit aufklären. Der Apotheker der Alten Apotheke in Bottrop hatte mehr als 60.000 Medikamente gepanscht. Tausende Menschen waren betroffen.

Von Anna Mayr, Correctiv, 26.09.2017

Lokaljournalismus sollte nah dran sein. Mittendrin. Bei den Lesern. Und wahrscheinlich ist man nirgendwo näher dran als in der Fußgängerzone. In der Fußgängerzone hat man als Journalist keine Chance, sich zwischen Bürgermeister-Sektempfängen und Sparkassen-Eröffnungs-Pressekonferenzen einzuigeln. Diese Termine machen einen sowieso träge und hässlich, sie sind wie Fastfood: schnell fertig, günstig produziert, aber todlangweilig.

In Bottrop konnten wir nicht zu stupiden Terminen gehen. Wir hatten gar keine Zeit dafür. Denn jeden Tag standen Menschen in unserem kleinen Laden. Sie haben uns ihre Geschichten erzählt. Uns gezeigt, was interessant ist. Es ging um den großen Krebskandal der Alten Apotheke.

Wir sind im August und September in dieses Ladenlokal in der Bottroper Innenstadt gezogen, weil Peter S. in der „Alten Apotheke“ tausende Patienten um ihre Krebsmedikamente betrogen haben soll. Damit hat er ihnen vielleicht Lebenszeit genommen, vielleicht sogar die Chance auf Heilung. Unser Büro war 50 Meter von der „Alten Apotheke“ entfernt.

Tausende Menschen wurden von Peter S. verletzt, mindestens 1300 davon in Bottrop. Manche versuchen, die Sache zu verdrängen. Manche leugnen sie immer noch. Und manche fühlen sich verloren.

Menschen haben das Recht, zu verdrängen. Das Recht, nicht zu kämpfen. Viele wollen nichts von den Taten von Peter S. wissen. Nicht sehen, dass ihnen vielleicht Unrecht getan wurde. Weil es weh tut, sich damit auseinanderzusetzen. Diese Menschen kamen nicht zu uns. Oder sie kamen, redeten sich die Dinge von der Seele, um dann nie wieder darüber zu sprechen. Auch das ist okay.

Offizielle Stellen und Unternehmen haben nicht das Recht, zu verdrängen. Nicht der Landtag, nicht die Stadt Bottrop, nicht die „Alte Apotheke“. Denn wenn sie verdrängen, lindern sie das Leid nicht – sie verstärken es. Sie verstärken bei den betroffenen Menschen das Gefühl, betrogen zu werden. Nicht nur von einem einzelnen Apotheker, sondern von allen drumherum, die etwas tun könnten, aber jetzt schweigen.

Deshalb haben wir an unser Schaufenster geschrieben: „Informationen und Beratung zum Fall der Alten Apotheke.“ Unser Büro teilte sich einen Innenhof mit der Apotheke, in der Peter S. panschte. Wir waren sichtbar – für ganz Bottrop. Im Schaufenster haben wir Veranstaltungen organisiert, bei denen Onkologen, Seelsorger, Anwälte geredet haben. Die Veranstaltungen haben wir live online übertragen. Denn was dieser Fall braucht, ist Transparenz. Wir schrieben, wir filmten – wir unterhielten uns. Mit jedem, der reinkam. Wir waren laut, weil andere schwiegen.

Das Büro, in dem wir zwei Monate gearbeitet haben, nennen wir „Mobile Lokalredaktion“. Eigentlich ist das bescheuert. Mobile Lokalredaktion, das ist wie Handy mit Telefonschnur, wie Wohnwagen ohne Räder: widersprüchlich. Lokaljournalismus ist ja so schön, weil er eben nicht mobil ist. Weil er festsitzt. Und nicht versucht, mehr zu sein, als er ist: lokal.

Wir wollten, dass Bottrop spricht, das Schweigen bricht. Wir wollten das der Skandal transparent wird, wir wollten aber auch Lösungsvorschläge für die Apotheken-Kontrollen einbringen. Mit anderen Worten, wir wollten dem Fall vor Ort die Aufmerksamkeit geben, die er verdient. Nebenbei haben wir gemerkt, dass wir vielleicht gerade dabei sind, lokalen Journalismus neu zu denken.

Wir können nicht die Probleme des Lokaljournalismus lösen. Die Auflagen, die festgefahrenen Strukturen, das Desinteresse. Aber wahrscheinlich kommt man mit

Problemlösung auch gar nicht so weit. Es ist der falsche Ansatz, von den Problemen aus zu denken. Probleme führen nur in Sackgassen. Deshalb muss man vielleicht einfach ganz von vorne anfangen. Sich alles ein wenig neu ausdenken. Die Geschichten von den Menschen her denken.

Nach der Festnahme von Peter S. ist Bottrop in eine Schockstarre verfallen. Der Alte Apotheker war beliebt, gab jedem Geld, der an seine Bürotür klopfte. Der Held ist gefallen.

Man kann in diese Stadt jetzt nicht journalistisch hineinpoltern. Für zwei Wochen ein Hotelzimmer mieten, ein paar Interviews führen, wieder abreisen und sich anmaßen, die Geschichte verstanden zu haben.

Wir können diese Geschichte nur erzählen, weil wir hier eingezogen sind. Weil wir in einem Ladenlokal die Wände gestrichen, Möbel aufgebaut, die Türen geöffnet und uns ins Schaufenster gesetzt haben. Nur ein paar Meter entfernt von der „Alten Apotheke“. Weil wir als Journalisten hier für mehr verantwortlich sind als für Recherche. Wir blieben da, wurden Teil der Menschen und ihrer Geschichten.

Journalisten informieren. Wir sind es gewohnt, für hunderte, tausende Leser gleichzeitig zu arbeiten. Je mehr Leute wir erreichen, desto besser. In Bottrop war unsere Zielgruppe kleiner. Manchmal war es nur genau eine Person. Eine Person, die sich Sorgen macht. Die ihre Behandlungsunterlagen vorbeibringt, ihre Briefe von der Krankenkasse – und viele Fragen hat. Und wir haben hier in unserer Mobilen Lokalredaktion versucht, diese eine Person zu informieren.

„Ich vertraue den Medien nicht“, das sagen leider nicht nur Honks, sondern manchmal auch durchaus intelligente Menschen. Und wenn wir ehrlich sind, dann können wir alle in der Medienwelt ein bisschen was dafür. Wer noch nie einen Termin so schnell wie möglich wieder verlassen hat, noch nie unsauber zitiert hat, noch nie einen unverständlichen Text geschrieben hat, der werfe den ersten Kugelschreiber. In Bottrop merken wir, dass es gar nicht so kompliziert ist, Vertrauen zurückzugewinnen. Wenn man Menschen einlädt, sich Zeit nimmt, ihnen die Arbeit zu erklären, die man macht, ihnen zeigt, was man weiß und auch was man nicht weiß, dann verdient das eben auch Vertrauen.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Journalisten brauchen Protagonisten, um Geschichten zu erzählen. Protagonisten finden, das ist manchmal unendlich mühsam, vor allem, wenn man dabei am Schreibtisch sitzt. In Bottrop müssen wir nicht suchen, denn die Protagonisten kommen von selbst. Sie helfen uns bei der Arbeit. Erklären ihre Fälle, liefern Versatzstücke zu einem größeren Puzzle oder haben eine Information zu einem Bild, das vielleicht noch eine größere Rolle spielt.

Wir haben gelernt, dass Personalisierung eigentlich ganz einfach ist. Personalisierung, das wollen ja alle – dafür gibt es dann jeden Tag drei meinungsschwache Kommentare und überall Ich-Geschichten. Dabei braucht man tatsächlich nur eine Glasscheibe in der Innenstadt und zwei Redakteure, die sich dahintersetzen. Damit sie dort arbeiten, Hände schütteln, sich vorstellen, zuhören. An ein Kürzel, an einen Namen auf Papier, kann man sich erst vielleicht nach ein paar Monaten Zeitunglesen erinnern. Ein Gesicht, eine Stimme und einen Händedruck, das vergisst man nicht so schnell.

Journalisten können nichts, aber sie müssen alles lernen wollen. Komplizierte Sachen verstehen und dann verständlich aufschreiben. Vor allem im Lokalen ist das so, denn da lohnt es sich nicht, Exklusiv-Experte für Ratssitzungen zu werden, wenn man in der nächsten Woche sowieso wieder über Kegelclubs schreibt. Wir müssen uns anstrengen, damit die Leser es leicht haben. In Bottrop haben wir versucht Ärzte, Anwälte und Seelsorger verständlich zu machen. Und immer wieder betont, wo unsere Grenzen sind. Was wir leisten können und was nicht. Wir geben weiter, was wir wissen. Während andere schweigen, versuchen wir, klare Worte zu finden.

Es ist wichtig, dass Redakteure rausgehen. Das ist eine einfache Wahrheit. Aber es ist vielleicht genau so wichtig, dass Leser reinkommen. Und dass alle mit allen reden. Die Redaktion ist dann nicht mehr eng und stickig, sondern ein helles Lokal mit genug Sitzplätzen und Kuchen, in dem Sachen passieren: Debatten. Vorleseabende für Kinder und Konzerte für Erwachsene. Das Interview mit dem Oberbürgermeister, nicht mehr hinter verschlossenen Türen in seinem Büro, sondern in der Redaktion, öffentlich für alle, die kommen wollen. Die Leser können dort sein, wo Journalismus gemacht wird. So verkauft man nicht nur ein Produkt, sondern ein Gefühl von Zugehörigkeit.

In vielen Städten gibt es immer noch Lokalredaktionen, bei denen Leser anklingeln können. Und es gibt Menschen, die das tun – aber wenn man ehrlich ist, nehmen diese Möglichkeiten vor allem Menschen einer kleinen Elite wahr: von der Kirchenchorleitung bis zum Schützenvereinsvorsitzenden. Es sind Leute, die sowieso eine Zeitung abonniert haben, weil das für sie im Leben dazu gehört.

Wenn man Lokalredaktionen auf den Boden eines Ladenlokals holt, sie öffnet, dann kommen mehr Menschen vorbei als die üblichen Elitenangehörigen. Dann kann jeder kommen, der etwas zu erzählen hat. Und vielleicht schafft es dann auch der Journalist, wieder dazuzugehören. Zu seiner Stadt, zu den Leuten, zu den Gesprächen in den Kneipen und auf dem Marktplatz.

Seit wir in Bottrop sind, werden wir viel mehr angefeuert als angefeindet. Neulich sind zwei Penner vor der Glasscheibe stehen geblieben, einer hat die Faust gehoben und gerufen: „Weitermachen!“ Eine Mutter hat ihren kleinen Sohn reingeschickt. „Ich möchte etwas spenden“, hat er gesagt, mit einem Fünf-Euro-Schein in der Hand, und wir waren alle nicht so sicher, wie man mit so viel Niedlichkeit umgehen soll. Während ich das hier schreibe, steckt eine Frau ihren Kopf durch die Tür und sagt: „Übrigens: Schön, dass Sie da sind.“

Natürlich liegt das auch an dem Thema dieser Recherche. Aber im Grunde ist es anwendbar auf jede Redaktion und auf jedes Thema – zumindest da, wo es ums Präsent-sein geht. Früher haben die Leute im Café und im Zug eine Zeitung in der Hand gehalten, sodass alle sehen konnten, was sie lesen. Heute halten die Leute ein Handy, und was sie darauf lesen, sieht keiner. Deshalb müssen sich Journalisten in die Fußgängerzonen setzen. Nicht nur für lächerliche Werbeaktionen, sondern immer wieder. Wir müssen aus den Bildschirmen der Smartphones zurück auf die Straße klettern.